

# Volkswacht

für Schlesien - Organ für die werktätige Bevölkerung



Die „Volkswacht“ erscheint wöchentlich 6 mal mit den wöchentlichen Beilagen: „Anfechtung“, „Für den Sozialistischen Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ und der wöchentlichen Beilage „Junge Kämpfer“ und ist durch die Haupt-Expeditoren Flurstraße 4/6, Matthesstraße 100, sowie durch alle Ausdräger zu beziehen. — Bezugspreis im voraus zu entrichten wöchentlich 0,37 Reichsmark + 8 Pfennig Trägerlohn = 0,45 Reichsmark, monatlich 1,55 Reichsmark + 35 Pfennig, Trägerlohn = 1,90 Reichsmark. Durch die Post einschließlich Zustellungsgebühren 2,26 Reichsmark.

Anzeigenpreis: Je Millimeter für geschäftliche Anzeigen 20 Pf. Familienanzeigen, Stellenangebote, etc. Anzeigen 10 Pf. Kleine Anzeigen pro Wort 3 Pf. müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Hauptredaktion abgegeben werden. — Fernsprech-Anschluß: Geschäftsstelle Postfach 5852, Bankkonto: Bank der Arbeiter.

12 Pf. Anzeigen unter münchener und Wohnungs- an für die nächste Nummer 4/6 oder in der Zweigstelle 217 39, Redaktion Nr. 217 38, a und Beamten, Filiale Breslau.

Einzelnummer 10 Pf.

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Breslau 2 - Unverlangt eingehende Manuskripte werden nur zurückgeschickt, wenn Rückporto beiliegt.

Einzelnummer 10 Pf.

44. Jahrgang

Montag, den 16. Januar 1933

Nr. 13

## Sieg der Sozialdemokratie in Lippe

Die Sozialdemokratie gewinnt 4000 Stimmen = 15 Prozent ihrer früheren Stimmenzahl — Die SPD. verliert 3600 Stimmen, die Deutschnationalen verlieren 3500 Stimmen — Die Nazis gewinnen 14 Prozent — Sunahme der Wahlbeteiligung

Detmold, 16. Januar. (Eigener Funkbericht.)

In Lippe erhielten bei den Landtagswahlen Stimmen:

|                              | Reichstagswahl | Landtagswahl |
|------------------------------|----------------|--------------|
| Sozialdemokraten             | 29 735         | (25 782)     |
| Deutsche Volkspartei         | 4 352          | (3 628)      |
| Deutschnationale Volkspartei | 5 928          | (9 414)      |
| Landvolk                     | 700            | (510)        |
| Kommunisten                  | 11 026         | (14 601)     |
| Staatspartei                 | 828            | (558)        |
| Nationalsozialisten          | 38 844         | (33 038)     |
| Katholischer Volksdienst     | 2 531          | (—)          |
| Evangelischer Volksdienst    | 4 510          | (4 079)      |

Die Mandate verteilen sich: Nationalsozialisten 9 (0), Sozialdemokraten 7 (9), Kommunisten 2 (1), Deutschnationale 1 (3), Deutsche Volkspartei 1 (3), Evangelischer Volksdienst 1 (0), Staatspartei 0 (1), Landvolk 0 (2), Wirtschaftspartei 0 (1), Volksrechtspartei 0 (1).

Die Lippeischen Landtagswahlen brachten den Nationalsozialisten nicht das erhoffte Ergebnis. In ihrem Lippeischen Parteiblatt hatten sie großspurig geschrieben: „Am 15. Januar müssen wir dem Führer melden können: Lippe ist nationalsozialistisch.“ Das können sie ihrem Chef nicht melden. Von 21 Landtagsmandaten haben die Nationalsozialisten nur neun bekommen. Wohl konnten sie infolge eines beispiellosen Trommelseuers auf die Lippeischen Wähler mit einem nie dagewesenen Kräfteeinsatz auf kleinstem Raum den Deutschnationalen 3000 Stimmen wegholen, etwas von den Kommunisten holen und eine Anzahl Neuwähler gewinnen, aber von ihrem Ziel, der Mehrheit, sind sie nach wie vor weit entfernt. Sie haben nur 39 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigen können. Darüber hinaus aber vermochte die Sozialdemokratie einen gänzlichen Erfolg zu erringen.

Sie steigerte ihre Stimmenzahl gegenüber der letzten Reichstagswahl am 6. November 1932 um rund 4000 Stimmen, das sind 15 Prozent. In der Landeshauptstadt Detmold nahm die Sozialdemokratie sogar 25 Prozent zu und kam damit über ihre Stimmenzahl bei der Reichstagswahl im Januar 1929 hinaus.

Dieser Erfolg der Sozialdemokratie ist um so bedeutender, als die Partei in Lippe ununterbrochen 14 Jahre lang führend an der Regierung beteiligt war und die Nationalsozialisten Adolf Hitler und seinen ganzen Führerstab mit einer großen Anzahl Reichstagsabgeordneten zum Kampf gegen die Sozialdemokratie eingesetzt hatten. Sie arbeiteten mit einer täglich sich steigenden Lügen- und Verleumdungskampagne, mit einem Massenaufgebot von Werbezeitungen und Flugblättern und wurden in ihrem Kampf gegen die Sozialdemokratie nach Kräften von den Kommunisten unterstützt. Auch mit Terrorisierung und Einschüchterung der Bevölkerung versuchten die Nationalsozialisten im Kampf gegen die Sozialdemokratie zu führen. Auch die Deutschnationalen und alle übrigen Parteien kämpften vornehmlich gegen die Sozialdemokratie. Das alles aber vermochte den Vormarsch unserer Partei nicht aufzuhalten. Überall im Lande arbeiteten die sozialdemokratischen Funktionäre mit einem vorbildlichen Eifer, mit bewundernswerter Kampfbereitschaft und Hingabe und konnten so das glänzende Ergebnis erzielen, das sich in dem Stimmengewinn von 15 Prozent ausdrückt.

Bemerkenswert ist noch ein Vergleich mit den letzten Landtagswahlen im Januar 1929. Damals erzielte die Sozialdemokratie 31 540 Stimmen. Berücksichtigt man die gegenwärtige politische und soziale Umschichtung, die Deutschland in diesen vier Jahren durchlebt hat, dann erhellt sich daraus die Größe des Erfolges, den die Sozialdemokratie am Sonntag in Lippe erringt hat. Die Kommunisten, die an Niederträchtigkeit im Kampfe gegen die Sozialdemokratie kaum hinter den Nationalsozialisten zurückblieben, hatten wiederholt in Versammlungen erklärt, es sei ihnen gleich, ob in Lippe ein Sozialdemokrat oder ein Nationalsozialist regiere. Die Lippeische Arbeiter-

schaft gab ihnen darauf die verdiente Antwort. 3577 Stimmen (28 Prozent) verloren die Kommunisten gegenüber dem 6. November.

Eine geradezu katastrophale Niederlage erlitten die Deutschnationalen, die von ihren 9377 Stimmen bei der letzten Reichstagswahl über 3000 Stimmen an die Nazis abgeben mußten und nur noch mit einem Abgeordneten in den Landtag einzziehen. Bisher hatten sie drei Mandate. Von den bürgerlichen Parteien ist nicht mehr viel übrig geblieben. Staatspartei, Wirtschaftspartei, Volksrechtspartei und Landvolk sind im neuen Landtag nicht mehr vertreten. Die Volkspartei und der Evangelische Volksdienst haben wie die Deutschnationalen nur je einen Abgeordneten. Die Nationalsozialisten hielten zwar gegenüber dem 6. November auf, blieben aber noch mit 3439 Stimmen hinter ihren Stimmen vom 31. Juli 1932 zurück und erreichten nicht einmal ganz ihre Stimmengzahl von der zweiten Präsidentschaftswahl. Angesichts ihres gewaltigen Aufwandes, den sie in dem kleinen Ländchen getrieben hatten, das nur 1215 Quadratkilometer umfaßt, kann das Wahlergebnis der Nationalsozialisten keineswegs als Stimmbarometer für das Reich gewertet werden. Eine solche Wahlpropaganda, wie sie hier von den Nationalsozialisten auf engstem Raum betrieben wurde, wobei sie alle ihre großen Kanonen eingesetzt hatten, — Hitler allein sprach in achtzehn Versammlungen und das ganze Land hat nur 165 000 Einwohner — ist im Falle von Reichstagswahlen nicht möglich. Das Ergebnis der Lippeischen Landtagswahlen wird deshalb den Zerfall der NSDAP. in keiner Weise aufhalten können, und im Reich wird auch niemand das Ergebnis des nationalsozialistischen Trommelseuers überschätzen.

Besonders glänzend hat die Sozialdemokratie in den Zieglerdörfern abgehakt. Hier konnte sie teilweise bis zu 100 Prozent an Stimmen gewinnen, meist auf Kosten der Kommunisten. Aber auch in den übrigen Landesteilen wurden schöne Erfolge erzielt. Für die Nationalsozialisten ist es eine besonders bittere Pille, daß sie eine Regierung nur bilden können, wenn sie eine Koalition mit Deutschnationalen und Deutscher Volkspartei oder dem Evangelischen Volksdienst eingehen. Die Sozialdemokratie geht aus diesem Wahlkampf, der mit einer bisher nie erlebten Erbitterung und Leidenschaft geführt wurde, wie keine andere Partei gestärkt hervor.

### Leichfertige Arbeit des Rechtsausschusses

Unwürdiges Spiel mit einem Menschenhals — Die SPD. Arm in Arm mit den Nazis

Der Rechtsausschuß des Preussischen Landtages befähigte sich am Sonnabend mit dem Fall des ehemaligen Literaturschreibers von Bornitz, Frenzel, der seinerzeit in einem Aufsehen erregenden Prozeß nach mehrtägiger Verhandlung wegen Blutschande an seiner Tochter zu einem Jahr zwei Monaten Zuchthaus verurteilt wurde. Das Urteil ist von einem großen Teil der Öffentlichkeit nicht gebilligt worden, namentlich die während der Verhandlung anwesenden Berichtserfasser der Presse haben starke Bedenken gegen die Schlüssigkeit des Urteils geäußert.

Inzwischen hat sich ein Komitee für Frenzel gebildet, dem eine Anzahl namhafter Persönlichkeiten aus den Kreisen der Literatur, der Kunst und des öffentlichen Lebens angehören. Dieses Komitee hat an den Preussischen Landtag für Frenzel, der seine Strafe bereits angetreten und zum größeren Teil verbüßt hat, ein Gnadengehörig gerichtet. Der Inhalt dieses Gesuchs, das sich namentlich auf die Unglaubwürdigkeit der Hauptbelastungszeugen, der 16jährigen Tochter Frenzels, stützt, wurde von dem sozialdemokratischen Abgeordneten Krüger-Brandenburg vorgelesen. Es entspann sich darauf eine längere Debatte, wie der Fall behandelt werden solle, namentlich auch darüber, ob der Ausschuß in eine sachliche Nachprüfung der Urteilsgründe eintreten solle und dürfe. Die Schwierigkeiten einer solchen Urteilsnachprüfung erwiesen sich als besonders groß, weil das Urteil mehr als 650 Schreibmaschinenseiten umfaßt und einen Band von Verlagsformal darstellt. Ein Antrag der Sozialdemokraten, die Sache zu vertagen, um einen besonderen Verhandlungstag für sie festzusetzen, wurde mit den Stimmen der Nationalsozialisten

### Helfer der Reaktion

Bei uns die Kommunisten — in Spanien die Anarchisten

Die deutsche Republik hat ihre Sozialisten gehabt, die immer wieder versuchten, sie zu überrennen. Ein bewaffneter Putsch folgte dem anderen, immer neue politische Streiks, besonders in den lebenswichtigen Betrieben der Allgemeinheit, wurden inszeniert. Eine kleine Minderheit wollte ihren Willen und ihre Herrschaft der übergroßen Mehrheit des Volkes aufzwingen. Die Mehrheit mußte sich wehren, mußte Gewalt der Gewalt entgegensetzen. Und da die Massen der sozialistischen und republikanischen Arbeiterklasse keine Neigung zeigten, besonders nach den 4 1/2 Jahren Kriegsdienst, den Bürgerkrieg selbst zu führen, war es unvermeidlich, daß die neue demokratische Regierung sich auf militärische Kräfte stützen mußte, die ihr und dem Volksstaat feindlich gesinnt waren. Das war die Tragödie der deutschen Republik. Ueber die Schuldfrage, die klar zutage liegt, ist kein Wort zu verlieren. Sie lag ausschließlich bei den angreifenden linksradikalen Putschisten. Das Ende vom Lied war die Wiedererstarkung der militaristischen und monarchistischen Reaktion.

Wie es scheint, soll die junge spanische Republik die gleiche Tragödie durchmachen. Immer wieder seit der Gründung der Republik, die nunmehr bald zwei Jahre zurückliegt, ließ man von politischen Streiks, von Bombenfunden, von Attentaten und von Putschversuchen. Der jüngste, vom Montag datierte Aufstand, der von Barcelona ausgehend über das ganze Land erstreckt werden sollte, war der größte und gefährlichste aller bisherigen Unternehmungen dieser Art. Ihm war die Aufdeckung riesiger Geheimdepots von Bomben und Waffen aller Art vorangegangen. Anscheinend sind dadurch die Verschwörer zum vorzeitigen Losschlagen veranlaßt worden. Die Regierung war offenbar informiert und gerüstet. So ist die Bewegung verhältnismäßig schnell zusammengebrochen. Während ihr eigentlicher Herz, die große Hafenstadt Kataloniens, durch das schnelle Eingreifen der Behörden gelähmt werden konnte, handelte es sich in den übrigen Provinzen höchstens um ein Aufplätzen. Nach 48 Stunden war die Bewegung erledigt. Gemessen an der Größe der Gefahr ist die Zahl der etwa 30 Todesopfer, die das gesamte Unternehmen leider gekostet hat, relativ gering.

Im Gegensatz zu den Ereignissen in Deutschland während der ersten Revolutionsjahre handelt es sich in Spanien nicht um eigentliche kommunistische Putsch. Der Moskauer Kommunismus hat in Spanien nur wenig zu bedeuten. Am stärksten und gefährlichsten ist dort, vor allem in Katalonien und Andalusien, also im nordwestlichen und südlichen Teil der Halbinsel, die anarcho-syndikalistische Bewegung. Seit dem Bruch zwischen Marx und Bakunin in den sechziger Jahren des 19. Jahrhunderts, der zur Sprengung der ersten Internationale führte, hat die anarcho-syndikalistische Bewegung nur in den lateinischen Ländern ernsthaft Fuß gefaßt. In dem industriellen Zentraluropa setzte sich der Marxismus in der Arbeiterschaft fast restlos durch. Im zaristischen Rußland spielten die Anhänger Bakunins lange Zeit eine wichtige Rolle, aber der Bolschewismus hat sie mit Stumpf und Stiel ausgerottet. In Italien, wo sie lange Zeit ein sehr rühriges Element bildeten und durch ihre Attentate immer wieder die Welt in Schrecken versetzten, sind sie, seitdem der Faschismus herrscht, völlig untergetaucht, oder nach Übersee ausgewandert. Auch in Frankreich, wo sie vor dem Kriege besonders in den Gewerkschaften eine bedeutende Rolle spielten, hört man fast nichts mehr von ihnen.

Nur in Spanien und Portugal ist diese Richtung noch stark vertreten, vor allem in Barcelona und Valencia, wo sie einstweilen noch einen großen Teil der Arbeiter in ihren eigenen Gewerkschaften erfassen. Diese Gewerkschaften führen den härtesten Kampf gegen die sozialistischen Gewerkschaften, die in den übrigen Teilen des Landes, besonders in Madrid, vorherrschen. Nun ist es eine besondere Niedertracht, daß die spanischen Anarcho-syndikalisten, die unter der Militärdiktatur Primo de Riveras ebenso von der Bild-

und Kommunisten abgelehnt. Danach kam es nur noch zu einer ganz kurzen Erörterung der Sache. Der Vertreter des Justizministeriums verlas aus dem Urteil zwei oder drei für Frenzel besonders ungünstige Sätze, die ihn als brutalen und geschlechtslüsternen Menschen schildern. Diese in zwei Minuten aus 650 Seiten vorgetragene Charakteristik genügte für die Mehrheit des Ausschusses, um zu einer glatten Ablehnung des Gesuchs zu gelangen. Der Bedeutung des Falles und dem öffentlichen Aufsehen, das er erregt hat, entspricht keineswegs diese Art der Behandlung.

flache verschwand und waren wie heute noch ihre italienischen  
Gesinnungsgenossen unter Mussolini, ihren Mut zur Aktivität  
erst unter der demokratischen Republik und gegen  
die Regierung wiedergebunden haben, die von Sozialisten und  
Gewerkschaften maßgebend beeinflusst wird. Damit liefern diese  
„Revolutionäre“ den monarchistischen Revolutionären ein  
glänzendes Propaganda-Argument. Ja, bei der jüngsten Aufschub-  
bewegung ist sogar festgestellt worden, daß die monarchistischen  
Konterrevolutionäre ihre Hand im Spiele und die Syndikalisten  
mit Waffen und Geldmitteln ausgerüstet hatten! Deutscher  
kann nicht gezeigt werden, wessen Geschäfte in Spanien mit den  
verbrecherischen putschistischen Aktionen besorgt werden.

Um das Bild des Wahnsinns abzurunden, leihen die  
Komunisten des Auslandes den spanischen Putschisten ihre  
moralische Unterstützung. Dieselben Volkshemden, die einst die  
Anarchisten in Rußland schmückten bis zum letzten Mann massen-  
toten, als sie der Herrschaft Lenins unboquem wurden, be-

grühen in ihrer Presse den spanischen Anarchistenaufruch, nur  
weil er gegen eine demokratische Regierung mit starkem sozia-  
listischen Einschlag gerichtet ist! Zum Glück hat die spanische  
Monarchie so abgewirtschaftet, daß der jungen Republik keine un-  
mittelbare Gefahr aus den fortgesetzten Wahnsinnstaten der  
Anarcho-Syndikalisten droht. Auch fehlt in Spanien die nationa-  
listische Triebkraft, die das Diktat von Versailles und die Politik  
der Siegermächte nach dem Kriege der deutschen monarchistischen  
und militärischen Reaktion verließ. Dagegen lastet die Welt-  
wirtschaftskrise auch auf Spanien und kommt natürlich den  
Feinden des neuen demokratischen Regimes zugute.

Möge die spanische Republik lernen aus der  
Tragödie der deutschen Republik lernen und den  
Instabilitäten Putschaktionen, gleichwohl unter welcher Flagge,  
ebenso erfolgreich und energisch wie bisher entgegenzutreten — um  
ihrer selbst willen!

# Löhne statt Laten

## Schleicher warnt — Die SA. handelt

Die Reichsregierung hat am Sonnabend eine „Warnung  
gegen den Mißbrauch der politischen Bewegungsfreiheit“ in das  
Land gehen lassen. Unter Kennung der Nazipresse wird in dieser  
Warnung gesagt, daß in den letzten Tagen einzelne Minister  
beschimpft worden seien und offen zum Widerstand gegen die Staats-  
gewalt aufgefordert worden sei. Wenn das so weitergehe, müsse  
die Regierung die betreffenden Zeitungen auf längere Zeit un-  
schädlich machen und die verantwortlichen Personen in Schutzhaft  
nehmen!

Wir fürchten, die Praxis derartiger Presser Verbote würde wie  
vordem so aussehen, daß die Reichspresse genannt und die Links-  
presse von den reaktionären Bürokraten des Kabinetts Schleicher  
gegriffen wird. Wir kennen das Lied, das unter Papen und den  
Preußenkommissaren begonnen wurde, und wir kennen auch den  
Text. Schreien und schimpfen die nimmerlatten Agrarier und ihre  
nationalsozialistischen Trabanten, so werden sie, wenn es hoch-  
kommt, gemarrt und dann weitergequillert mit Liebesgeden auf  
Kosten der darbedenden Volkswaffen. Schreien aber die Arbeiter  
ihre Not heraus, dann wird ihnen der Mund verstopft, indem man  
ihre Presse verbietet. Diese Auffassung von der Regierungser-  
klärung ist um so berechtigter, je mehr wir die Warnung der  
Reichsregierung mit dem wähllich vorhandenen Miß-  
brauch der politischen Bewegungsfreiheit vergleichen.

Die Regierung fucht sich beladigt und beunruhigt. Richtig.  
Was soll aber der einfache Staatsbürger, Republikaner und  
Arbeiter sagen, und wie muß ihm diese Regierungserklärung an-  
sinnen er weiß, daß er bei jedem Versammlungsbefehl sein Leben  
auf dem Spiel hat und wenn die Gegner der Hitlerpartei nicht mehr  
sich, ob sie noch gesund und lebend ihre Angehörigen wieder-  
sehen! Ist das zu viel behauptet? Geben wir ein paar Zahlen  
und Namen:

In der Reichshauptstadt sind in der Reichshaupt-  
stadt, im Rahmen unter den Augen des Kanzler-Sekretärs, zwei  
junge linientragende Arbeiter und eine unpolitische Frau von SA-  
Leuten verhaftet abgeführt und niedergeschossen worden. Die  
zwei Arbeiter sind verhaftet und haben die Untaten ein-  
gestanden. In der gleichen Nacht wurde in München bei einer  
Nazifester ein kriegsbeschädigter Nazimann mit dem Messer er-  
schlagen. Zwei Tage später sind in Kassel zwei Arbeiter  
ermordet worden. Am gleichen Tag überfielen bei Stettin, nach genau gefaßtem Plan, vier  
SA-Leute den deutschnationalen Gutbesitzer Steinhilber. Er wurde  
ermordet und beraubt. Die Täter sind die gleichen, die in Stettin  
ein Bombenattentat gegen den sozialdemokratischen „Volksboten“  
verübt haben.

Wenige Tage zuvor wurde in Dresden der Gemordete  
dem SA-Mann Henrich bekannt und die für Nazilebende  
geschaffene Schutzorganisation in den Braunen Häusern. Der Ver-  
dacht der Mordtat oder Begünstigung gegen den Dresdener  
SA-Führer Dr. Frennede ist so hart, daß der Staatsanwalt  
die Aufhebung der Immunität dieses kaiserlichen Landtags-  
abgeordneten forderte und dieser Tage vom Landtag erhielt.  
Mittlerweile wurde in Frankfurt am Main der SA-Mann  
Günther auch zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilt, weil er  
mit Komplizen seine künftige Freundin in den Main geworfen  
und ertränkt hat. Am Tage nach diesem Urteil wird aus der  
Laten Gasse in Jena die Leiche einer Frau geborgen, die von  
zwei SA-Leuten ermordet, beraubt, in einen Sack gebunden und  
in den Fluß verjett worden war.

Das sind die Laten,  
die politischen Morde und die Mordtaten der SA.  
innerhalb zwei Wochen,  
mobei die Liste keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Nicht  
gezählt sind die zahllosen Verwundeten und  
Schmerzerlegten. In Berlin ringt zur Zeit noch ein

hinführender Reichsbannerkamerad mit dem Tode. Ein  
SA-Mann hat ihn den Bauch aufgeschlitten. Es gibt fast keine  
Nacht seit dem 1. Januar, in der in der Reichshauptstadt nicht  
schwere Überfälle auf Arbeiterlokale erfolgt sind und wobei es  
nicht Verlesene gegeben hätte. Einmal versuchte eine geschlossene  
Formation von 300 SA-Leuten in eine kommunistische Versam-  
lung einzudringen. Am vergangenen Freitagabend gelang der  
Horde die Führung einer großen Versammlung der Berliner  
Nazioptionen. In dem Wahlkampf in Lippe waren geschlossene  
SA-Kolonnen selbst aus Berlin und Weisbaden herangeholt, die  
wie Heuschreckenschwärme das kleine Land durchzogen und die  
Verdichtung terrorisierten. Das ist das Nazit der uniformierten  
Hitlerbanden aus zwei Wochen.

Wo ist ein Wort in der Warnung der Reichs-  
regierung über dieses systematische Bürger-  
schlachten durch die SA?

Wo ist die Warnung an die Adresse der  
Hitler, Röhm, Goebbels und aller Mordheher in  
der Mordpartei? Kann hier noch von individuellen  
Mitten und Einzelhandlungen gesprochen werden, wo es offenbar  
ist, daß dieses Blut geflossen ist, weil es stehen muß, damit die  
SA-Verhaftung hat und Abblendung von dem Raub in Hitler-  
lager! Das Blut der planmäßig getöteten und gemordeten  
Arbeiter, Sozialdemokraten, Kommunisten und Republikaner soll  
der Ritt sein, mit dem Herr Hitler die Riffe im Gemäuer der  
Braunen Häuser verbleiben will.

Unter der autoritären Regierung des Herrn von

Papen ist Hitler und seiner SA die Uniform neu verlesen,  
und sie als Staat im Staate anerkannt werden. Ihre Schand-  
taten schreien zum Himmel. Dampfer Großlawert in der  
Reichshauptstadt. Selbst in den Reihen des Bürgerturns wächst  
Empörung gegen die Verbrecher und ihre Organisationsmächte,  
aber auch der Zweifel und der Unwille gegen eine Regierung,  
die diesem Bürgerkrieg zusieht, ohne ihn zu wehren. Es sind  
tatsächliche Gründe, die Herrn Schleicher zur Zurückhaltung  
gegen die Hitlerbanden bewegen: In dem Augenblick, in dem  
man im Begriff steht, Hitler, sei es gegen bare Münze  
oder auf anderem Wege, als Steigbügelhalter zu  
laufen, kann man nicht zugleich so gegen seine Herren vor-  
gehen wie es notwendig erscheint. Man spielt zwar nach außen  
den starken Mann, aber dort, wo es angebracht wäre, Ent-  
schlossenheit zu zeigen, wird geschwiegen und eine Geduld an den  
Tag gelegt, deren Ursache innere Schwäche ist.

Deutschland wird nicht mit Hitler, sondern nur im  
Kampf gegen ihn genesen. Die umgekehrte Methode führt  
zu Zuständen, wie wir sie heute zu verzeichnen haben, zur Ab-  
hängigkeit gegenüber Kräften, gegen die nur die ganze Strenge  
der staatlichen Autorität angebracht ist. Mit diesen Tönen,  
hinter denen sich innere Schwäche verbirgt, ist es nicht getan,  
Herr Schleicher!

## Der Raub in der SA. in Franke

geht lustig weiter. Nazi-Stegmann hat gegen Nazi-  
Streicher eine einstweilige Verfügung losgelassen.  
Nazi-Streicher behauptet noch wie vor, Stegmann habe über  
8000 Mark für die SA. keine Rechenschaft abgelegt, im Altenberger  
Hitlerhaus präglert man sich. Der Hauptakteur der Rebellen ober-  
der Reichstagsabgeordnete Stegmann macht plötzlich  
Schwäch. Am Freitag noch einstweilige Verfügung gegen  
Streicher, am Sonnabend die folgende Erklärung:  
„Ich war heute bei meinem Führer. Da ich einsehe,  
daß mein Verhalten von ihm mit Recht getadelt wurde, habe ich  
aus eigenem mein Reichstagsmandat zu seiner Verfügung gestellt  
und ihm versprochen, als Parteigenosse in Treue und Gehorsam  
meine Pflicht zu tun.“  
G.: Wilhelm Stegmann!

Das ist der Rebellenkoj in der NSDAP! Es  
fragt sich, mit welchen Mitteln das Braune Haus den Stegmann  
so kiere gemacht hat, daß er öffentlich Reu und Leid tut, sein  
Reichstagsmandat abgibt und sich selbst in's  
Gesicht spuckt? Sollte es damit zusammenhängen, daß die  
Herrschaffen sich so sehr ans Herrenleben gewöhnt haben, daß sie  
nicht anders mehr können, als vor der allmächtigen Kasse zu  
kuckhen?

## Deutscher Protest in Holland

Die deutsche Regierung hat die nieder-  
ländische Regierung erlucht, schärfste Maßnahmen  
zu ergreifen gegen private Herstellung und den  
Verkauf von Panzerautos und gegen die Ausrüstung  
von Kraftwagen mit Panzerplatten. Diese Autos  
würden an der Grenze von Schmugglern verwendet,  
um die deutschen Polizei- und Zollbeamten gemächlich an der  
Ausübung ihrer Arbeit zu hindern. Holland dürfe nicht dulden,  
daß auf seinem Gebiet Waffen zur Befämpfung deutscher  
Regierungsorgane hergestellt und verkauft würden.

# Hitlers Freund ein Separatistenfreund

## Baron Schröder war in der Separatistenzeit für eine eigene rheinische Währung

A Köln, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.)  
Hitlers „Freund“, Baron Kurt  
von Schröder, in dessen Palast kürzlich die Besprechung  
zwischen Hitler und Papen stattfand, sympathisierte  
während des Ruhrkrieges mit den Separatisten.  
Im Winter 1923 wurde von Köln aus, um das Rheinland  
vom übrigen Deutschland „selbständig“ zu machen, die Gründung  
einer rheinischen Goldnotenbank mit eigener Währung propagiert.  
Neben dem Bankhaus A. Stein, das sich für eine solche separa-  
tistische Aktion hart gemacht hatte, trat das Bankhaus J. H. Stein  
mit Schröder für diese separatistische rheinische Goldnotenbank  
ein, in seinem Namen Herr Baron Kurt von Schröder persönlich.  
In einem Leitartikel unter dem Titel „Die Rheinisch-westfälische  
Goldnotenbank“ berichtete die „Kölnische Zeitung“ in  
ihren Nummern vom 16. und 18. Dezember 1923 über zwei  
Korridore, die sich im Dilsch-Saal in Köln von einer großen  
Zuhörerschaft des Verbandes der Import- und Großfirmen an der  
Präsidenten- und Warenbörse zu Köln mit den Gedanken des  
Währungsproblems beschäftigten. Es heißt in diesem Artikel:  
„Früher war Schröder gab die Generalbegehrung für den Plan  
mit der Behauptung, daß es den Bemühungen der deutschen  
Reichsregierung in absehbarer Zeit nicht gelingen werde, für das  
ganze Reich eine stabile Währung zu schaffen.“ Man glaubte, zu

diesem Plan die Zustimmung der deutschen Reichsregierung zu  
finden. Diese Zustimmung erfolgte aber nicht. Der damalige  
Reichstagsminister Stresemann wandte sich vielmehr mit zorniger  
Empörung gegen die Bestrebungen zur Errichtung einer  
rheinischen Goldnotenbank — aus nationalen Gründen.  
Wären diese Bestrebungen verwirklicht worden, so wäre der  
Verlust der Festigung der Mark gescheitert, das Rheinland  
„verloren“ und neuen Einflüssen zur Separation zugänglich  
geworden. Einer der Inhaber des Bankhauses J. H. Stein, der  
an diesem Verfassungsplan beteiligt war, war auch der Einberu-  
fer jener unvergessenen Kasino-Konferenz in Köln im März 1919,  
in der man beschloß, durch eine Abstimmung über die  
Gründung eines westdeutschen Freistaates im Rahmen Deutsch-  
lands zu entscheiden. Also auch hier Unterstützung separatistischer  
Bestrebungen durch das Bankhaus J. H. Stein.

Hitlers „Freund“, jener Baron Schröder, der damals an den  
separatistischen Plänen im Rheinland besonders interessiert und  
beteiligt war, hat übrigens vor kurzer Zeit versucht, eine  
„Konzentration“ der wankelnden nationalsozialistischen Blätter  
im Westen zustandzubringen, um gefährdete Gebiete zu retten. Die  
Ursache war, daß die in dem Düsseldorf nationalsozialistischen  
Verlag gedruckten fünf Naziblätter in den letzten drei Monaten  
um 75 000 Bezüge abgenommen haben.

# Wahn-Europa 1934

## Von Hans Sobie

Deutsche Rechte: Fackelreiterverlag, Hamburg-Bergedorf  
43] (Kadaver verboten)

Geno pandernd verfuhr man in Brüssel, Kopenhagen,  
Madrid und in den übrigen Hauptstädten. In Brüssel lagen  
die Dinge weit erüfter. Zweitausend Arbeiter waren vor das  
Palais ihres Diktators gezogen und hatten die unverzügliche  
Beseitigung der französischen Rechte gefordert. Der  
polnische Diktator ließ keine Antwort durch Radio-  
sprecher erteilen. Mehr als dreihundert Demonstrationen wurden getätigt.  
Warschau geriet in lebende Wallung. Aber der Staat um-  
flamerte die Reihen derer, die aufschreien verstanden, mit  
blutigem Größ. Die Widerheiten in Polen witterten Regen-  
luft. Die Deutschen zeigten heimliche Reizung in Erinnerung an  
frühere polnische Freundschaften. In Leuberg machte ein Auf-  
rühr der Ukrainer brutal zusammengeschossen werden. In Wilna  
machten die Litauer Kiene, zu rebellieren. Kommunistische  
Agitatoren krochen aus allen Winkel der Städte und Dörfer.

Seit dem Mittag geht der Duce zornig in seinem Arbeits-  
sack auf und ab. Am Tisch heft der Generalstab.  
„Waher nehmen die Franzosen plötzlich ihre Energie? Die  
Kammerführung ist eine unerbittliche Verhöhnung für uns! Der  
Friedensapostel Brandt ist in Licht und Bonn getan. Und mit  
dem Sieg dieses Mannes hatte ich gerechnet! Jetzt verurteilen  
Sie vor mir, General, daß ich das Diktat zur Mobilisierung  
unterzeichne.“  
Mit einer heimlichen Mobilisierung können wohl die ersten  
notwendigen Schritte eingeleitet werden; um aber ein ganzes  
Beit in den Zustand materieller und moralischer Kriegsbereitschaft  
zu legen.  
Capponi unterbricht ungeduldig den General. „Ich werde  
mich hüten, vor aller Welt den Angriff zu spielen! Bitte, hier  
liegt die Robinson Depêche! Die Kameradschaften bringen mit

Boykott! Es soll mich gar nicht wundern, wenn Berlin jetzt mit  
den gleichen moralischen Posteln kommt! Es gibt überhaupt  
keine Regierungen mehr in Europa! Alle sind nur noch Herrscher  
von Fabels Gnaden. Wie kann man da sichere Berechnungen  
machen! Auf wen ist Verlaß? Was sind Bündnisse? Der  
deutsche Reichskanzler versichert mich fortgesetzt seiner Freund-  
schaft, aber in zehn Minuten bekomme ich vielleicht das  
Telegramm, daß die Gewerkschaften ihn das Genid gebracht  
haben. Ich kann mir nicht den Fabel eines ganzen Erdteils auf  
den Hals laden. Das müssen Sie einsehen, General. Die Mobil-  
machung wird wie bisher mit unermünder Kraft fortgesetzt,  
ohne offizielle Verkündung. Wie Sie das machen, lieber General,  
ist Ihre Sache. Frankreich bedient sich derselben Methoden, wir  
kannnen also nicht überflügelt werden. Das antike Wort Krieg  
oder Mobilmachung muß zuerst von den Parteien ausgesprochen  
werden. Wir sprechen es dann nach. Das heißt dann „Notwehr“!  
Das Telefon klatert. Sein Gesicht beginnt plötzlich seltsam  
zu leuchten. Der General tritt näher, den Kopf vorgestreckt. Da  
wirft Capponi schon den Hörer auf die Gabel zurück.  
„Sehen Sie, General! Darauf hab ich gewartet!“ Er  
lunzelt voller Triumph den Generalsstabchef an. „In Paris ist  
Generalstreik!“

Der Offizier steht mit gebührenden Kopfschütteln. „Wenn die  
Reibung kommt...“  
„Sie stimmt! Sie kommt aus einer dreifachen Boykott! Das  
bedeutet fünfzig Prozent Verlust auf der Feindseite! Wenn nicht  
hundert Prozent! Jetzt werde ich mich nach weniger hehlen, durch  
offizielle Mobilmachung die Welt gegen uns einzunehmen.“  
Der deutsche Boykottierer wird gewarnt.  
„Wissen Sie es schon, Herr Boykottierer?“, empfangt ihn der  
Duce kachend. „In Paris ist der Generalstreik proklamiert!“  
Herr von Richter horcht auf. „Vorangesetzt, daß es sich um  
sein laeres Gerücht handelt.“  
„Ausgeschlossen, Herr Boykottierer! Bitte, die Franzosen  
nehmen aus die schwerste Arbeit ab! Ich will nicht hoffen, daß  
sich Ihre Regierung gerade in diesem Augenblick zu halben Maß-  
nahmen entschließt!“ Seine Worte bohren sich in das Gehirne des  
Deutschen.  
„Ich habe den Auftrag, Excellenz, Ihnen im Namen meiner  
Regierung abzugeben, eine Lösung nur mit friedlichen Mitteln  
angestreben. Uns liegt jede Einmischung in den Streit der

Mächte fern, ich möchte jedoch betonen, daß die Mehrheit des  
deutschen Volkes in einem möglichen italienisch-französischen  
Krieg das größte Unglück Europas erblicken möchte. Meine  
Regierung darf sich dem starken Druck der Volksmehrheit nicht  
offensichtlich verweigern.“

Capponi begehrt auf. „Sie drohen mit Boykott! Nach eng-  
lischem Muster! Frankreich ist im Begriff, sich jetzt selbst zu  
füllen! Hören Sie nicht den Gang Gottes durch Europa? Das  
Gesicht spielt Ihnen und uns alle Trümper in die Hand! Hat  
sich Ihr tapferes Volk schon so sehr an seine Laten gewöhnt, daß  
es ohne sie nicht mehr leben will? Unser Bündnis hätte die  
Franzosen auf die Knie geworfen!“  
„Um den Preis eines Krieges!“ erwidert der Deutsche.  
„Dann Frankreich geht eher unter, als daß es unjer Diktat an-  
nimmt! Der nächste Krieg aber ist gleichbedeutend mit Anarchie,  
die im günstigsten Fall durch den Bolschewismus abgelöst würde.“  
„Der Bolschewismus braucht sich in Europa gar nicht erst zu  
organisieren, er ist längst da!“ höhnt der Duce. „Die Regierungen  
tanzen ja schon nach der Musik wildgewordener Massen. Heute  
kommuniziert in Europa der Weltgenosse Leon Brandt samt seiner  
„Union“. Warum kapituliert Ihr herrliches Land vor dem  
Bolschewismus!“

Der Deutsche entgegnet ernst: „Der Bolschewismus ist der  
tragisch verurteilte Ausdruck einer vielfältigen Menschenjagd,  
die sich leider die Regierenden bisher verweigern. Ein-  
geschloßen in diese Sehnsucht ist die Abkehr vor dem Mord der  
Völker, der alle gleichermäßen vernichten muß.“  
„Wahrhaftig Gottes! Ich rufe die Säbren des Krieges  
nicht herbei! Aber ich resigniere auch nicht! Der französische  
Ministerpräsident hat seit zwei Stunden die von der Volks-  
vertretung bewilligte Mobilisierungsorder in der Tasche. Seit  
drei Tagen wird drüben heimlich gerüstet. Frankreich hat seine  
Kriegs einberufen, während wir noch mitten in der Verhandlung  
stehen! Und Sie bringen mir jetzt eine Warnung aus Berlin.  
Italien unterwirft sich nicht dem Diktat der Straße! In Italien  
jubelt die Straße mir zu! Niemand kommt auf den Gedanken,  
mit Knüttel zwischen die Beine zu werfen. Es würde auch keinen  
auf bekommen! Das sind die Früchte schichtlicher Erziehung. Herr  
Boykottierer. Ihre preukischen Könige, wenn sie jetzt aus ihren  
Gräben aufstünden, würden mir über die Alpen hinweg die Hände  
reichen! Aber Ihre Regierung geht es vor, das Banner der  
Humanität flattern zu lassen und mich mit Boykott zu bedrohen!“

Breslauer Nachrichten

Die Pflicht ruft!

Heute Montag, den 16. Januar, 20 Uhr, finden in nachstehenden Lokalen Abteilungsmitglieder-Versammlungen statt.

Tagesordnung:

- 1. Die politische Situation und die Aufgaben des Bezirks-Parteitages
2. Anträge
3. Wahl der Delegierten
Genossinnen! Jeder schritt in dieser Versammlung...

Mittwoch, den 18. Januar, 20 Uhr: Abteilung Pöbelwitz: Kurgarten, Frankfurter Straße, Distrikt...

Donnerstag, den 19. Januar, 20 Uhr: Abteilung Zimel: Witte, Zimpeler Str. Redn.: C. Swolinski

Freitag, den 20. Januar, 19 Uhr: Abteilung Odersee: Endergarten, Enderstraße.

Genossinnen und Genossen!

Es ist von jezt ab unser Bestreben, auch bei jedem wichtigen Vortrag mit der Ausführung des Redners ergänzenden Literaturarbeit sofort und an Ort und Stelle zur Hand zu sein.

Wir haben zu diesem Zweck eine verzweigte Literatur-Vertreibungsorganisation geschaffen.

Unterstützt die mühevollen Arbeit dieser Helferschar. Seht an den wichtigen, nicht euren Schriften, die euch vorgelegt werden, nicht achlos vorüber.

Beachtet, daß durch diese Schriften Genossen zu euch sprechen, die euch zu den verschiedensten Problemen Wichtiges zu sagen haben und die euch Rüstzeug für eure Diskussionen mit Gegnern in Betrieb und auf die Stempelstellen geben.

Erwerbt diese Schriften! Leset diese Schriften! Und gebt sie dann an Genossinnen und Genossen weiter. Helft mit an der Massenverbreitung unserer sozialistischen Ideen und Forderungen.

Mundfunk-Reaktion geht weiter

Der neue „bereinigte“ Programmbeirat der „Schlesischen Rundfunk“

Wohlgemerkt, erst durch die „Schlesische Zeitung“ und nicht durch die „Schlesische Rundfunk“, die sonst jeden Quart uns mitteilt, erfahren wir von einer Umbildung des Programmbeirates der Rundfunk...

Es fehlen also in diesem Bund unsere Genossen Hamel und Marx, wie auch der den Demokraten zuzählende Dr. Loebe und der Zentrumsmann Vorrel.

Wie's gerade trifft

Polizei kann auch einen ausführlichen Bericht herausgeben — wenn es sich um den Sohn einer Witwe handelt

Dem Polizeipräsidenten wurde folgender amtlicher Bericht vorgelegt:

Unter Mitnahme eines Geldbetrages verhafteten am 12. Januar 1933 ein 15-jähriger Lehrling...

Obwohl ein 15-jähriger Lehrling seinem Lehrmeister keine 50 Mark stehlen soll, meinen wir doch, daß dieser amtliche Bericht ein markantes Geniestück zu den amtlichen Berichten über den Tod des SAJ-Genossen Hanisch darstellt...

Der Kurjus findet diesmal nicht Montag, den 16. Januar, sondern Dienstag, den 17. Januar, 20 Uhr, im Heim Solkestraße 27, statt.

Der Tragikomödie letzter Akt

Anwrdiger und für alle Beteiligten unbefriedigender Abschluß des Universitätsstandals

1. Szene

Wrdiger Einzug der Professoren

Platzhof der Universität. Mehr feierliche wie kampfesrone Stimmung. Ein gar letzteres Gremium tagt. Der „weitere Senat“. Alle ordentlichen Professoren, dazu noch einige Duzend, die noch nicht diesen pensionfähigen Grad erreicht haben, sind anwesend.

2. Szene

Wehleidiger Bittgesang Cohns

Entschuldigung, Verbeugung, Entschuldigung, bitte, bitte, bitte, bedauerlicher Irrtum, Entschuldigung, bedauere lebhaft, bitte, bitte, bitte.

In wohlformulierter, nchtelung überlegter und vorbereiteter „Erklärung“ lautet das so aus:

„Die Gelegenheit, mich dem weiteren Senate gegenüber zu äußern, verpflichte mich zu lebhaftem Dank. Ich darf Sie bitten, hierbei über einige formelle Sätze hinausgehen zu dürfen. Denn ich gehöre diesem Lehrkörper erst so kurze Zeit an, daß ich den meisten von Ihnen von Person unbekannt geblieben bin, und es könnte daher der Eindruck entstehen, als wllte ich mich meiner Verantwortung durch eine bloße Formel entziehen.“

Ich habe, als ich durch teleionischen Anruf die Zeitungsanfrage vorgelegt erhielt, in der Eile des Augenblicks geglaubt, daß ich diese Anfrage durch eine die Entschuldigung offenlassende Antwort besser als durch eine Verweigerung der Antwort erledigen könnte. Darin habe ich leider geirrt.

Ich bedauere es lebhaft, daß durch mein Verhalten der Eindruck entstehen konnte, als schlge ich die Pflichten, die das einzelne Glied der Gesamtheit gegenüber hat, gering an, vor allem aber auch, daß nun die Schwierigkeiten für die Universität vermehrt worden sind und der Senat sich vor eine verschärft Lage gestellt sieht.

3. Szene

Chorgefang der Professoren in Moll

Eingeweichte Lächeln. Das übrige Auditorium schmunzelt vergnüglich. Na also! Wege sind gebet. Es wird noch alles gut werden. Kein Sektor wird ausbrechen. Berliner Presse wird auch weiterhin keine Protestierklrung aus Breslau, dem Herd des Standals, bekommen.

„Der weitere Senat entnimmt dem Bericht des Rektors und den Ausführungen des Herrn Prof. Dr. C., daß Rektor und Senat sich in jeder Weise bemüht haben, die Lehrfreiheit zu schützen. Er nimmt weiter zur Kenntnis, daß, wie schon durch die Mitteilung des Amtlichen Preussischen Pressedienstes vom 5. 1. d. J. richtiggestellt wurde, der Senat mit seiner Erklärung vom 23. 12. 32 nur zum Ausdruck gebracht hat, daß durch das Hervortreten des Professors Dr. C. in der Frage des Nichtrechts für Trost die Lage sich so verschärft hatte, daß der Senat den weiteren Schutz für die Person des Prof. Dr. C., sowie für die Ruhe und Ordnung in der Universität Breslau nicht mehr glaubte gewährleisten zu können.“

„Der weitere Senat ist sich andererseits mit Herrn Prof. Dr. C. einig, daß das akademische Amt eines Professors nicht bloß Rechte verleiht, sondern ihn auch dazu verpflichtet, bei seinen Handlungen stets auf das Wohl seiner Universität Bedacht zu nehmen.“

Nach den inzwischen bekannt gewordenen Zusicherungen des Unterrichtsministeriums und nach den Erklärungen des Herrn Kollegen C. ist für den weiteren Senat die Angelegenheit erledigt.

Von der Studentenschaft erwartet der weitere Senat die unbedingte Aufrechterhaltung der akademischen Disziplin und die Einsicht, daß jede Störung der Ordnung das Ansehen unserer alma mater schädigt und die Durchführung ihrer besonderen Aufgaben erschwert.“

Partei Schule Groß-Breslau

Kurjus Teilnehmer am Kurjus, Siedlungswesen!

Der Kurjus findet diesmal nicht Montag, den 16. Januar, sondern Dienstag, den 17. Januar, 20 Uhr, im Heim Solkestraße 27, statt.

4. Szene

Politischer Choral in die Arena

Ach ja, beinahe hätte man es vergessen: Die Studenten. Sie haben ja auch noch ein Wort mitzusagen (Daß sie die Urheber dieser ganzen blamablen Angelegenheit sind, daran denkt man kaum noch.) Also was Politiker können, das können wir auch. Noch eine Entlichung. Sie darf aber niemanden wehetun und muß alles vermeiden, was vielleicht auch an die Ursache dieses ganzen Standals erinnern könnte.

„Sagt die Hochschulen vor der Zerstörung ihrer Freiheiten!“ Klang wie eine Mahnung an Brandstifter, hblich brav das selber angelegte Feuer zu löschen. Wer so dumm werden will, das sich das bekannte Mühlrad im Kopfe drehen soll, genieße im Wortlaut diese Entlichung Nummer 3:

„Die Erregung, die durchs Volk geht und aus der Verbindung der wirtschaftlichen Existenz immer neue Teile unserer Hochschulen, ihre geistige Selbständigkeit, ihre Kraft zu festem, innerem Zusammenhalt, zum Weiterstreben in Forschung und Lehre.“

Verstärkt wird die Erregung ebenso durch eine stndige Sorge vor Kriegsgefahr in unserem Grenzlande wie durch die Zurt ganzer Volksteile vor völliger oder teilweiser Entrechtung.

Bei unserer Lage mitten in der vorarmenden Grobpldt, mitten im bedrohten Grenzland genügt jeder kleinste Bruch der Hochschuldisziplin, um die Mchte von draußen ins Innere der Hochschule einbrechen zu lassen, und zwar, wie wir betonen, die Mchte von allen Seiten. Siegen diese Mchte, dann ist es zu Ende mit Lernfreiheit, Lehrfreiheit, korporativer Selbstverwaltung und Freizugigkeit des Akademikers.“

Wir, Lehrende und Lernende, als geschlossene Korporation, müssen daher in solcher Notzeit mehr als je die leiseste Rechtsverletzung unserer Mitglieder zurückweisen und die innere Gerechtigkeit trotz aller Meinungsverschiedenheiten festhalten. Wir verjumen sonst unsere erste Pflicht innerhalb des Volkes: Die Hochschule kämpft mit den Waffen des Geistes, weil kein Volk ohne diese Waffe lebensfähig ist, und jeder Kommilitone, ob Student oder Professor, verpflichtet sich gegen diese stolze Ueberlieferung deutscher Universitäten, wenn er den Kampf um fremde Ziele auf dem Boden unserer Universität ausstehen will.“

Wir wissen, daß viele von euch ihre geistige Heimat nicht in die Hochschule zu verlegen gelernt haben. Die Not erklärt das. Aber sie gestalter uns nicht, die Universität preiszugeben. Wir rufen jeden von euch auf, der es noch nicht vermocht hat, sich jetzt den Zugang zu seiner alma mater zu erkngen, um mit uns von innen die Hochschule gegen Zerfall zu schtzen.

„Unter euch“ so wendet ihr uns ein — „überwiegen die Kelterer, Bedchtigen. Wir wollen mutig vorstrmen, kämpfen.“ Der weitere Senat zählt in seinen Reihen weit über die Hälfte Kriegsteilnehmer, die auch einst aufbrachen in stolzen Hoffnungen und deren Kriegserfahrung eintritt gegen jede Zerstörung der Güter, für die sie und ihre Mitkämpfer 1914 in den Krieg gezogen sind.

Zum Kern dieser Ordnung der Deutschen gehört auch die deutsche Hochschule. Jede Universität ist ein Organ Gesamt-Deutschlands in ihrer Landshait. Die Schlesische Friedrich-Wilhelms-Universität, vom Preukontonia als deutsches Volkswerk in der Zeit der schwersten Not gegründet, ruft euch zu: Schließt die Reihen! Schützt eure Hochschule vor der Zerstörung ihrer Freiheiten!

Der weitere Senat:

Sämtliche ordentliche Professoren und die Vertreter der nichtbeamteten außerordentlichen Professoren und Privatdozenten der Schlesischen Friedrich-Wilhelms-Universität

Finale

Schlußbild. Man ist über den reibungslosen Abgang fast selber erstaunt. Glubt, daß durch drei hinter diesen Universittsmauern gefaßten Entlichungen alles in Ordnung gebracht worden ist. Im Anfang stand eine Tat, am Ende das Wort. Mit einem Kampfesang der Studenten begann es, mit einem Te Deum der Professoren klang es aus. Erreicht ist trotz aller wortreichen Entlichungen gar nichts worden. Herr Cohn hat sich reichlich blamiert; vor einem solchen Helben werden auch in Zukunft nationalstmmische Studenten keinen Halt machen. Wird er nun weiter leien oder nicht? Die Bertten sind hblich in Ordnung geblieben. Professoren haben sich ebenfalls mehr als vor aller Welt reichlich blamiert. Studenten aber werden sich ob dieses Aufrufes eins grinsen und den nächsten „Fall“ vorbereiten, falls Cohn einen „Urlaub“ nehmen sollte. Niemand ist also befridigt. Aber warum verlangt ihr gerade von diesem Theater, daß es seine Zuschauer zufrieden entläßt?

Man kann das Verhalten der Professorenschaft der Universität und des Großen Senats wahrhaftig nicht anders behandel, als es in dem vorstehenden Stimmungsbild geschehen ist. Wenn man den jhlichen Inhalt der beiden Entlichungen des Großen Senats, der Entlichung zum Fall Cohn und des Aufrufs an die Studentenschaft, aus all den Verkauflerungen und Redensarten, die den größten Teil von ihnen ausmachen, herausfhlt, so ergibt sich, daß der Große Senat selbst der Meinung ist, daß das Verhalten der Studentenschaft im Fall Cohn geeignet ist, die Lehr- und Lernfreiheit an den Universitäten aufs schwerste zu gefährden und das Ansehen der Hochschulen in der Bevölkerung herabzuziehen, ferner, daß Rektor und der Kleine Senat in ihrer Erklärung gegen Prof. Cohn vom Tag vor Weibnachten ihre Pflicht zur Wahrung der akademischen Freiheit aufs schwerste verletzt haben. Insofern werden Rektor und Kleiner Senat als auch das Verhalten der Breslauer Studentenschaft vom Großen Senat desavouiert. Aber ansatz das nun klar und deutlich zu sagen und für die Lehr- und Lernfreiheit und das Ansehen der Hochschule wirklich zu kämpfen, äußert man diese Auffassung in



## Sie werden auf Granit beißen

### Rüstung der Kommunisten zu den Betriebsrätewahlen

Moskau macht enorme Anstrengungen, um in diesem Jahr bei den Betriebsrätewahlen in die freigewerkschaftliche Front einbrechen zu können. Stützpunkte in den Betrieben — sie sind sein Ziel, denn das bei den politischen Wahlen von den Kommunisten gewonnene Terrain soll gesichert werden. Moskau hat Angst um dieses Terrain; es weiß, daß der politische Stimmenszuwachs, den die Kommunisten zu verzeichnen hatten, nur eine Folge der bei so manchem Arbeiter unter dem Druck der Krise entstandenen und fast selbstverständlich erscheinenden Verzweilungstimmung ist. Stimmungen sind aber noch lange keine Ueberzeugung; vor allem sind sie kein Fundament, auf dem man weiterbauen kann. Und darum muß die Rote Gewerkschaftsopposition gerade in diesem Jahr bei den Betriebsrätewahlen besonders scharf ins Gesicht gehen. Ein neuer wilder Ansturm gegen die Betriebsstützpunkte der freien Gewerkschaften wird einleiten.

Der Kampf um die Position der Betriebsräte ist für die Kommunisten keine praktische, sondern nur eine politische Angelegenheit. Praktische soziale Arbeit in den Betrieben — das können die Kommunisten nicht und das wollen sie auch gar nicht. Praktische soziale Arbeit setzt Kenntnisse voraus, sozialpolitische, arbeitsrechtliche Kenntnisse — mit einem Wort, Kenntnisse, die nur aus der mühevollen Arbeit der Gewerkschaften heraus gewonnen werden können. Ein kommunistischer Betriebsrat aber, der sich ernsthaft bemühen würde, von den Gewerkschaften etwas zu lernen, müßte ja auf die Dauer ein Anhänger der sachlichen Gewerkschaftsarbeit werden. Damit wäre er aber absolut unbrauchbar für die KPD. Ein sachlich und erfolgreich arbeitender Gewerkschaftler auf einem Betriebsrätewahlkampf ist für die KPD nichts anderes als ein „Opportunist“, Moskau braucht wohl die Betriebsrätewahlen, aber es will auf diesen Posten keine gewerkschaftlich denkenden und handelnden Kräfte, brauchbare Helfer der Bewegung, sondern nur gefügige Werkzeuge der kommunistischen Revolutionsstrategen sehen. Nicht Hilfe für das Arbeitervolk, sondern Hilfe für Moskaus politisches Geschäft — das ist das Ziel, für das die KPD ihre Kräfte mobil machen muß. Moskaus großes politisches Geschäft kann aber in Deutschland nur durch Schwächung und Zerstückelung der Gewerkschaften zur Blüte kommen. Die unangenehme allgemeine Begeisterung und Bekämpfung der Gewerkschaften durch die Kommunisten hat schon ihren guten Grund: Sie ist keine bloße Betranntheit der KPD.

Mit Geißel und Lüge wird selbstverständlich auch der diesjährige Betriebsrätewahlkampf von den Kommunisten geführt werden. Man darf sich vor allem wenn es zu keinem neuen Reichstagswahlkampf kommen sollte, im Betriebsrätewahlkampf auf eine Generaloffensive der Dreikönigler gefaßt machen: Aber je mehr die ritterlichen Kämpfer Moskaus Drednau die Gewerkschaften werfen, desto zarter und gefühvoller werden sie den einfachen Arbeiter und Angehörigen des Betriebes umhören. Wieder einmal wird Einheitsfrontkomödie gespielt werden. In dem Rundschreiben an die KPD-Funktionäre, das als Ergebnis der Beratungen des Reichskomitees der KPD vom Ende November hinausging, kommt das ganz klar zum Ausdruck. Die Neuinjenzierung der alten Komödie sieht so aus: Die Betriebsrätewahlen werden von den KPD-Funktionären überall im Zeichen der roten Einheitsfrontaktion geführt. Die KPD wird durch Einbeziehung von Sozialdemokraten, Christen, Unorganisierten und Nazis gestärkt. Auf die Gewinnung von Frauen und Jugendlichen wird besonderer Wert gelegt, desgleichen auf Veranlichung der Erwerbslosen. Die Bildung von roten Wahlaußenstellen wird unter Beteiligung von Jugendlichen, Frauen und Erwerbslosen durchgeführt. Die Orts- und Bezirkskomitees sorgen dafür, daß Kollaborationen der Betriebsräte unter Hinzuziehung der Erwerbslosen abgehalten werden. Die Aufstellung der Kandidaten wird vorerst in Gewerkschaftsversammlungen, die im Betriebe zu veranstalten sind, vorgenommen. Hierbei wird die rote Einheitsliste in jedem Falle zur Abstimmung eingereicht. In diese rote Einheitsliste werden vor allem Unorganisierte und KPD-Mitglieder der freien und christlichen Gewerkschaften Aufnahme, und diese rote Einheitsliste wird bei eventueller Ablehnung in der Gewerkschaftsversammlung als Witte der Belegschaft in einer Betriebsversammlung zur Abstimmung gestellt. Die KPD-Funktionäre haben für diese Komödie innergewerkschaftlich die nötigen Vorbereitungen zu treffen.

Mit den roten Einheitslisten wird die KPD kein Glück haben, denn mit der „Einheitsfront“ ist schon viel Unfug betrieben worden. Die große Masse der deutschen Arbeiter sieht nicht aus Hampelmännern, mit denen die Kommunisten je nach Bedarf ihre Einheitsfrontkomödie spielen können. Eine Betriebsrätewahl ist für den denkenden deutschen Arbeiter nicht lediglich eine Veranstaltung, irgend eine rote Einheitsliste aufzumenszuschießern, damit die KPD Betriebsrätewahlerfolge erzielen kann — Erfolge, denen dann im Betrieb bei der ersten Gelegenheit, wenn die Betriebsräte zu zeigen haben, was sie können, die Pleite für die Belegschaft nachfolgt. Bei den Betriebsrätewahlen handelt es sich nicht um die Stellungnahme für oder gegen die eine oder andere Partei, sondern um die Frage: Für oder gegen die Gewerkschaften? Die Kommunisten sind — und das weiß der deutsche Arbeiter — Feinde der Gewerkschaften, und deshalb werden sie bei den sozialen Wahlen bei dem Versuch, in die Gewerkschaftsfront einzubrechen, auf Granit beißen.

## Verlängerte Generaldebatte in Genf

um die Vierzigstundenwoche

Genf, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

Die Generaldebatte der Konferenz zur Vorbereitung der 40-Stundenwoche wurde bis zum Dienstag-Abend verlängert, um den Regierungsvertretern noch Zeit zu weiteren Verhandlungen über die Entschließung zur Arbeitszeitverkürzung und -erhaltung zu verschaffen.

Am Sonntag sprach der italienische Regierungsvertreter Micheli sehr geschickt für die 40-Stundenwoche. Seine Rede war sehr ansehnlich, eine internationale Lösung möglich und notwendig sei, um jedem Staat die nötige Konkurrenzfähigkeit zu geben. Sie sei bereit, jede Maßnahme zu prüfen, die geeignet wäre, durch Arbeitszeitverkürzung möglichst viele Ar-

beitslose wieder in Arbeit zu bringen. Mit allen Mitteln müsse die 40-Stundenwoche durchgeführt werden, weil sie ein geeignetes Mittel, eine brauchbare Teilmaßnahme von rascher Wirkung sei. Sie würde gestatten, 20 bis 30 Prozent der Arbeitslosen international alsbald einzustellen. Wenn Rationalisierung und Technisierung eine der Ursachen der Arbeitslosigkeit seien, dann müsse die Arbeitszeit logischerweise verkürzt werden. Micheli widerlegte zum Schluß auffallend scharf Punkt für Punkt die von den Unternehmervertretern vorgebrachten Argumente gegen die Herabsetzung der Arbeitszeit.

Der belgische Arbeitervertreter Mertens schlug zur praktischen Arbeit vor, jetzt vor allem eine Konvention auszuarbeiten, die auf sämtliche Arbeiter- und Angestelltenkategorien international angewandt werden könne und die die Höchstarbeitszeit auf 40 Stunden wöchentlich festsetze. Dann müßten die Ueberstunden auf höchstens 60 jährlich festgesetzt werden, um jeden Mißbrauch auszuschließen. Die Konvention müsse unbegrenzt sein und nicht nur für die Krise gelten. Alle Länder müßten sich verpflichten, die grundsätzlichen Entscheidungen strikt durchzuführen, damit nicht wieder die verschiedensten Durchbrechungen möglich seien. Ebenso müsse eine bestimmte Verkürzung der Konferenz erfolgen über die Erhaltung der Kaufkraft bei verkürzter Arbeitszeit. Für die Landarbeiter müsse so rasch als möglich ebenfalls eine Konvention erfolgen.

Unter spontanem Beifall der Arbeitervertreter schloß Mertens, wenn man etwas tun wolle, dann müsse es jetzt geschehen. Denn wenn Unternehmer und manche Regierungen in ihrer Reaktion weiter verharrten, sei es vielleicht durch die Verzweilung der Arbeiter bald nicht mehr möglich, in Genf ruhig über Abhilfe zu beraten.

## Gewerkschaftskampf gegen Kulturreaktion

Im Breslauer Ortsausschuß des ADGB hielt am Freitag Genosse Albert Wagner einen Vortrag über Kulturreaktion. Er umriß zunächst den Begriff Kultur, der nicht immer gleich gemeint ist. Kulturvölker sind solche, die in Werken des Friedens Bedeutendes geleistet haben. Die alten Römer waren kein Kulturvolk, sondern ein kriegerisches Volk. Die Spanier zerstörten in Amerika die Kultur der Azteken. Mit dem Kulturbegriff waren immer geistige Werte verbunden. Der Begriff der Freiheit hat Kulturwert; alle Kulturvölker haben für die Freiheit gekämpft, und zwar für Freiheit auf den verschiedensten Gebieten, für nationale Freiheit, für Freiheit des Wissens, für Gewissensfreiheit, für Freiheit der Wirtschaft, der wir die soziale Freiheit entgegenstellen.

Die Freiheit des Wissens hat schwer errungen werden müssen; Kaperkuss wurde eingeperrt, weil er gelehrt hatte, daß die Sonne ein Fixstern ist. Um die Gewissensfreiheit wurde vor allem in der großen französischen Revolution gerungen. Je größer die Gewissensfreiheit, um so eher kann man von einem Kulturvolk reden. Im Goethejahr mag daran erinnert sein, daß einst zum Beispiel das Buch „Werthers Leiden“ in Preußen verboten war. „Götter“ durfte nicht gedruckt und Schillers „Käuber“ durften vor 1840 nicht aufgeführt werden. Gegen die naturalistische Schule der Gerhart Hauptmann und Sudermann stand in der Vorkriegszeit die Polizei. 1911 wurde in Berlin die Aufführung

der „Ratten“ verboten und von „Sodoms Ende“ erklärte der Berliner Polizeipräsident: „Die ganze Richtung paßt mir nicht“. Nach 1918 waren wir der Sorge um Wort- und Schrifttum enthoben, doch die Publikationsfreiheit muß auch Grenzen haben. Nicht jeder Schweinhund darf seine Ohrenitäten dem Publikum und den Kindern anhängen. Die Freiheit ist eine variable Größe, es fragt sich nur, wer die Relativität auf das staatspolitisch richtige Maß zurückführt. Denken wir an den Rundfunk nach dem 31. Juli. Denken wir, daß in Berlin ein Theaterstück wie „Gott, König, Bauer“ vom Spielplan abgesetzt wurde, weil die Nazis darüber zu viel Krach machten. Denken wir an die Geschichte mit dem Film „Im Westen nichts Neues“. Und an den Zwischenschlag des preussischen Innenministers. Das sind Delatationserscheinungen. Und nun der Krach an den Universitäts-Halle und Breslau. Unter Grimme als Kultusminister wären Dinge, wie wir sie erlebt haben, gar nicht möglich gewesen. Bei der Koch-Schule in Berlin ist nichts vorgekommen, was gegen die Straßengehe verstoßt, und trotzdem ein Einheitsreden gegen sie. Das alles sind Alarmgeschüsse, die uns zur Wachsamkeit anspornen müssen. Besonders müssen wir die Vorgänge auf kulturalistischem Gebiete beobachten. Wir dürfen nicht locker lassen im Kampfe für die Gleichberechtigung der weltlichen Schule. In Thüringen und Braunschweig war kaum der Einfluß der Sozialdemokratie gebrochen, da labotierte man die weltliche Schule. In Preußen wird das nicht so leicht sein, aber auch hier ist die Reaktion dabei, die Entwicklung nach Möglichkeit zu hemmen. Es ist nötig, die freigewerkschaftliche Arbeiterkraft dafür mobil zu machen, daß die weltliche Schule nicht abnimmt, sondern zunimmt. Die Volkshochschulen sucht man zu konfessionalisieren, die Fortbildungsschulen ebenso. Die Koedukation ist in Gefahr. Die Verteidigung unserer Bildungseinrichtungen ist eine der wichtigsten Aufgaben der freigewerkschaftlichen Organisationen. Aus Gebundenheit zur Freiheit, aus Dunkelheit zum Licht, sei unsere Lösung.

Im Anschluß an den beifällig aufgenommenen Vortrag besaßte sich der Vorsitzende Kufferl noch kurz mit dem Wortwerk für die deutsche Jugend und mit den kommenden Betriebsrätewahlen, worauf noch einige arbeitsrechtliche Fälle zur Sprache kamen.

## Was sagen die Nazis zu ihrem Idealstaat?

Italiens Etat für 1933 wird 3 Milliarden Defizit aufweisen

Der italienische Etat für das Finanzjahr 1933/34 sieht Ausgaben in Höhe von 20,62 Milliarden Lire vor. Gemessen an den Einnahmen wird sich im Finanzjahr 1933/34 ein Defizit von nicht weniger als 3 Milliarden Lire ergeben. Man wird jedoch von Glück sagen können, wenn es bei diesem Ausfall verbleibt. So hatte man für das Finanzjahr 1932/33 das mutmaßliche Defizit ebenfalls auf 3 Milliarden Lire veranschlagt. Bis Ende November 1932, also für fünf Monate, da das italienische Finanzjahr mit dem Juli beginnt, hat sich ein Defizit von 1,89 Milliarden ergeben. Das Defizit des Gesamtjahres wird also weit über 3 Milliarden liegen.

Der Direktor des Internationalen Arbeitsamtes hat bei den Regierungen der europäischen Kohlenländer angeregt, am 20. Februar eine Zusammenkunft zu veranstalten, um zur Frage der Ratifikation des Arbeitszeitabkommens für den Kohlenbergbau Stellung zu nehmen. Es handelt sich vor allem um die Ermöglichung einer gemeinsamen und gleichzeitigen Ratifikation.

## Hundsfeld und Gerefes Sofortprogramm

### Eine dringende Mahnung der Hundsfelder Bürgerschaft an die Stadtverwaltung

Aus Hundsfeld wird uns geschrieben:

Im Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung, das als Gerefes Sofortprogramm im Rundfunk am 23. Dezember von Gerefes selbst vorgetragen wurde, sind zur Anurbelung der Wirtschaft 500 Millionen Mark ausgeworfen worden. Sie sollen hauptsächlich von der öffentlichen Hand unter Benützung der Privatwirtschaft verbraucht werden. Arbeit in Hülle und Fülle ist in der Kommune Breslau vorhanden. Die Stadt Breslau hat offenbar solche Arbeiten geplant. Ging doch neulich durch die Presse die Nachricht, daß der Neubau der Hundsfelder Straße von der Wichelhaus-Allee bis Friedewalder Straße als Notkandarbeit im Rahmen des Arbeitsbeschaffungsprogramms erfolgen sollte. Die Bedingungen dazu sind schon ausgeschrieben. Ob diese Arbeiten wirklich so vordringlich sind, wagen wir Hundsfelder Wahlbürger zu bezweifeln.

Zedenfalls sind keine Verpflichtungen der Stadt Breslau vorhanden, nach denen dieser Straßenbau unbedingt zu dem jetzigen Zeitpunkt vorgenommen werden muß. Wir sind weit entfernt, dafür einzutreten, daß diese Arbeit gänzlich unterbleiben soll. Wir wünschen nur, daß die Stadt Breslau ihre gesetzlichen Verpflichtungen dem Vorort Hundsfeld gegenüber erfüllt, die im Eingemeindungsvertrag schriftlich niedergelegt sind.

In diesem Vertrage heißt es im § 11: „Das Gebiet von Hundsfeld wird voraussichtlich nach dem Trennverfahren entwässert werden. Die Stadtgemeinde Breslau verpflichtet sich, den Ausbau der Kanalisation derart vorzunehmen, daß die Stadtgemeinde Hundsfeld binnen fünf Jahren nach Inkrafttreten der Eingemeindung im Besitze einer Entwässerungsanlage ist.“ Leider scheint der Vertrag an den zuständigen Stellen in Vergessenheit geraten zu sein. 1933 sind die fünf Jahre her. Aber man hört und sieht nichts von Vorbereitungen in der angegebenen Hinsicht. Wohl hat man den toten Feldweg zwischen den Feldern des Dominiums Hundsfeld, der nach Glodschütz führt, gepflastert, obwohl fast kein Verkehr dort stattfindet, außer dem, der zu der Beanderung der Felder des Dominiums gehört. Wohl wurden rings um Hundsfeld die Straßen wunderbar hergerichtet, um Beispiel die Verbindungsstraße zwischen Schöttwitz und Beerbeutel über die Katonbrücke, eine Straße, an der weit und breit kein Haus steht, es sei denn das Dominium in der Ecke Hundsfelder Straße, also ganz im Anfang der Friedewalder Straße. Auch die kurze Straße von hier nach dem Schöttwitzer Bahnhof mußte sofort neu gepflastert werden.

Allerdings liegt an ihr die Schöttwitzer Mühle und an der anderen das Dominium. Wir wegen nicht zu fragen, warum diese Straßenpflasterungen als dringlicher angesehen wurden als die Hauptstraße Hundsfelds, die durch den ganzen Vorort führt und täglich von Hunderten von Fahrern befahren wird, der Straßen aller Auto- und Radfahrer der rechten Oberuferseite.

Wir sind Kummer gewöhnt und hören schon jetzt voraussehend, wie man uns das erklären wird. „Ihr sollt ja eine Umgehungsstraße bekommen“. Wir Hundsfelder Hinterlassenen sagen ganz offen: „Wir steigen auf diese Zukunftsstraße!“ Sollen wir etwa Jahrzehnte noch diese an frühere lustige Zustände gemahnende Straße genießen? Und selbst wenn diese Umgehungsstraße käme, muß deshalb die Hauptstraße in diesem bescheidenem Zustand bleiben? Die Herren Stadtväter mögen sich einmal zur herbstlichen Regenzeit oder in der leuchtlichen Schneeschmelze oder im wechsellenden Winterwetter nach Hundsfeld herausbeweisen. Aus den Kellern strömt in diesen Straßen das Wasser, das durch eigens zu diesem Zweck angelegte Pumpen herausbesördert wird. Kleine Seen stehen auf den Straßen, die infolge der durchfahrenden Autos wie von dieser Seite aufgestellte Feuerwehrrampen die Gewässer auf das Trottoir zurücksenden, nicht ohne daß der Straßenfot in gehöriger Verbrennung an die Hausmauern geschleudert wird, so daß die Häuser wochenlang das Aussehen von Maieren- oder Fleckfieberfranken haben. Und im Sommer duftet es gar böse aus dem Pflaster; der Passant beschleunigt seine Schritte, weil er sich in die Zeit des Mittelalters oder in eine asiatische Stadt veretzt dünkt.

Es wird Zeit, daß endlich der Magistrat, nachdem er viel für andere Vororte getan, auch an die Hundsfelder Vorstadt denkt. Wenn auch der größte Teil der Hundsfelder Bevölkerung der Arbeiterschaft angehört, hat nicht gerade dieser Teil sich für die Eingemeindung eifrig eingesetzt?

Ist es nicht kaum glaublich, daß es für diesen Teil Breslaus nicht einmal Badegelegenheit im Winter gibt? Sollte es nicht möglich sein, in der ehemaligen Gasanstalt ein Brausebad einzurichten und ein paar Wannen einzustellen? Oder glaubt man in Breslau, daß die Wohnungen Hundsfelds alle mit gefachelten Badezimmern versehen sind? Oder kann heute ein Hundsfelder Arbeiter 50 Pf. für den Autobus erschwingen, wenn er einmal die Seenungen eines Wannensbades genießen will? Und diese wirklich nicht ferne Wannen muß im Rahmen des Gerefesplans ausgeführt werden. Und die 500 RM., die zur Dichtung der Gasanstalt notwendig sind, damit endlich die Hundsfelder Schulkinder und die erwachsene Bevölkerung im Winter turnen können, sind die im Gerefesplan nicht aufgeführten, zumal wenn die Arbeiter selbst im freiwirtschaftlichen Arbeitskreis die Arbeit allein machen wollen, wie sie vorgeschlagen haben?

Wir Hundsfelder verlangen in aller Bescheidenheit, aber auch nachdrücklich, daß etwas für uns in dieser Richtung getan wird. Vor allem aber erlauben wir dringend, daß die uns feierlich im Eingemeindungsvertrage zugesicherte Kanalisation in Angriff genommen wird.

# Das Parteibuch triumphiert

## Neue Satzungen für die landwirtschaftliche Unfallversicherung Niedergeschlagene Hochwasserdarlehen — Gereke soll Geld hergeben Deutschnationaler Parteibuchkandidat als Direktor der Liegnitzer Taubstummenanstalt gewählt

(Amtlicher Bericht.) Der Provinzialausschuß nahm in seiner Sitzung am 13. Januar von einem Bericht über die Finanzlage des Provinzialverbandes, insbesondere von der weiteren Kürzung der freiwilligen Leistungen im laufenden Rechnungsjahre Kenntnis.

Er genehmigte in seiner Eigenschaft als Genossenschaftsvorstand der Niederschlesischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft eine Vorlage mit einschneidenden Satzungsänderungen für die am 27. Januar d. J. zusammenzutretende Genossenschaftsversammlung. Die Vorlage sieht zunächst eine Verminderung der Zahl der Mitglieder der Genossenschaftsversammlung von 51 auf 40 vor, da die Zahl der Genossenschaftsmitglieder jeweils der Zahl der Sektionen (Kreise) entsprechen muß und infolge der Neugliederung der Landkreise in der Provinz Niederschlesien sich die Gesamtzahl der Kreise von 51 auf 40 ermäßigt hat. Der bei weitem wichtigste Teil der vorgeschlagenen Satzungsänderung bezieht sich auf die Einführung eines neuen Beitragsmaßstabes. Bisher galt als Beitragsmaßstab bei der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft die Grundsteuer, die bereits seit längerer Zeit von der Landwirtschaft als veraltet und überholt bezeichnet wurde. Dem Beispiel von acht anderen preussischen landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaften folgend, sollen nunmehr als Grundlage für die Beitragsumlage der Berufsgenossenschaft die auf Grund des Reichsversicherungsgesetzes vom 10. 8. 1925 festgestellten Ertragswerte (Ertragswerte) benutzt werden. Wenn auch durch die Einführung der Ertragswerte keine absolute Lösung für die Umlegung der Beiträge gefunden ist, so wird jedenfalls durch Einführung des Ertragswertmaßstabes das bisherige Missverhältnis, das nämlich der Grundsteuermaßstab die Grundstückspreise in den einzelnen Kreisen nicht im richtigen Verhältnis zueinander erfaßt, behoben. Die gleiche Verbesserung tritt auch bezüglich des Verhältnisses der einzelnen Betriebe innerhalb eines Kreises ein. Eine Sonderregelung ist für die Forstwirtschaft vorgesehen, da festgestellt worden ist, daß bei unveränderter Anwendung der Ertragswerte auf Land- und Forstwirtschaft die letztere in einem erheblich höherem Maße zur Umlage herangezogen werden würde, als der von ihr verursachten Belastung mit Renten und Heilverfahrenskosten entspricht. Es soll daher in Zukunft eine getrennte Umlage für Land- und Forstwirtschaft erhoben werden, wobei die von der Landwirtschaft verursachten Kosten auf diese, die von der Forstwirtschaft verursachten Kosten auf die Forstwirtschaft umgelegt werden. Eine weitere Veränderung besteht in dem Wegfall der Vorausbelastung. Bisher hatten die einzelnen Sektionen (Kreise) 75 Prozent der in ihrem Bezirk verursachten Lasten vorweg selbst zu tragen und nur die restlichen 25 Prozent wurden nach der Grundsteuer auf sämtliche Besitzer gleichmäßig umgelegt. Nachdem die Zentralisation hinsichtlich der Rentenbewilligung und des Heilverfahrens nunmehr reiflos durchgeführt worden ist, sind die Vorausleistungen für eine Vorausbelastung in Fortfall gekommen. Es kommt hinzu, daß durch die Zusammenlegung bzw. Aufteilung einer größeren Anzahl von Kreisen die Beibehaltung der Vorausbelastung zu Belastungen anderer Kreise mit Ausgaben führen würde, auf deren Entlastung sie überhaupt keinen Einfluß gehabt haben.

Schließlich ist noch eine Veränderung hinsichtlich der Mindestbeiträge zu erwähnen, die bisher einbetraglich 3 Mark betragen haben, in Zukunft aber in den Grenzen von 2 bis 12 Mark durch den Genossenschaftsverband festgesetzt werden können. Im Rahmen der weiteren Tagesordnung stimmte der Provinzialausschuß unter bestimmten Voraussetzungen der Niederschlagung einer Reihe von Hochwasserdarlehen zu. Weiterhin wählte der Provinzialausschuß für den Ober-Estromaus-

schuß das Mitglied Rittergutsbesitzer Wohl in Rabien, Kreis Glogau und den Stellvertreter Rittergutsbesitzer von Engelmann in Waldheim, Kreis Steinau a. O., auf die Dauer von sechs Jahren wieder. Es folgte ein mündlicher Bericht der Verwaltung über die Beilegung der Proping an dem neuen Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung, dessen Durchführungsbestimmungen vom 6. Januar vor einigen Tagen veröffentlicht worden sind. Auf dem Gebiete des Straßenaufbaus sind vorzuziehende Ausführung von Teerungen und Einstraubungen, Linienverbesserungen und Verbreiterungen der Fahrbahnen, Pflasterungen und Umbau von Kanälen im Gesamtwert von rund fünf Millionen Mark. Für den weiteren Ausbau der hochwassergefährlichen Flüsse wurde der Betrag von 2,5 Millionen Mark vorgeschlagen. Bei diesem letzteren Vorschlag ist allerdings Voraussetzung, daß der Staat die Hälfte der Kosten trägt. Die erforderlichen Anträge sind den zuständigen Ministerien bereits ausgestellt worden. Der Reichskommissar für Arbeitsbeschaffung ist vorzuziehend gebeten worden, entsprechende Beiträge für die Provinz Niederschlesien zurückzustellen. Die genaue Einzelanträge werden gestellt werden, sobald die dafür zu erwartenden näheren Vorschriften erlassen sind.

Aus den zur Erlebung gelangten persönlichen Angelegenheiten ist zu erwähnen, daß Taubstummenoberlehrer Kross-Witzgen, zum Direktor der Taubstummenanstalt Liegnitz berufen worden ist.

Der letzte Absatz des amtlichen Berichtes ist insofern besonders bemerkenswert, als er den Sieg der bekannten Heftkampagne gewisser, konfessionell getarnter, deutschnationaler Kreise in Liegnitz über den zuvor bereits vom Provinzialausschuß gewählten Taubstummenoberlehrer Schmidt-Breslau darstellt. Man hat sich, um diesen Kreisen Rechnung zu tragen, selbst demotiert, den bereits gefassten Beschluß umgeworfen und nunmehr einen deutschnationalen Parteibuchkandidaten gewählt. Die Sozialdemokratische Fraktion des Provinzialausschusses hat mit Nachdruck zu diesem, der Würde und dem Ansehen dieser Körperhaft wenig zuträglichen Vorgang erklärt, daß keiner der nunmehr präferierten Kandidaten in sachlicher Beziehung mit dem, ausschließlich um seiner politischen Gesinnung willen abgehaltene, Direktors Schmidt in Vergleich zu stellen ist, woraus sich klar ergebe, daß unter dem Strich nicht nach Tüchtigkeit, sondern nur nach dem Parteibuch entschieden wird. Wie unseren Lesern erinnerlich, hatten entgegen dieser evanangelische Gemeinden in Liegnitz einen Protest organisiert, weil es angeblich nicht tragbar sei, daß ein katholisch getaufter Mann eine vorwiegend evangelisch besetzte Anstalt leite. Das hindert aber das „Kirchliche Wochenblatt“ für die evangelischen Gemeinden Breslaus“ durchaus nicht, dieser Lage sogar einen längeren Aufsatz aus der Feder ausgerechnet dieses, für evangelische Jünger trotz anerkannter sachlicher Qualifikation „untragbaren“ Mannes zu bringen; ein deutlicher Beweis, daß es hier, wie überall, im Strichregime, um das Parteibuch und keineswegs um die religiöse Gefährdung der Liegnitzer Anstaltskölmlinge gina.

Reise-Bericht. In der letzten Gemeindeversammlung am Donnerstag erhaltene eingehende Schulleter Wolff einen Bericht über die seit geraumer Zeit gepflegten Verhandlungen über die Schulverbände, angelegentlichkeiten. Seinen Ausführungen war zu entnehmen, daß der Ausfall von 100,45 Mark im Schuletat nunmehr geklärt ist. Die Gemeindevertretung hofft, daß es dem Schulleter weiterhin gelingt, die von der Aufsichtsbehörde zugelegte Schulsumme von circa 800 Mark für den Ausfall der Gehaltszulagen zu erhalten. Weiterhin lag ein Antrag auf Ermächtigung der Gemeindevorstände vor. Die Vertreter der SPD kamen hier dem Antragsteller entgegen, indem sie einstimmig beschloßen, den jährlichen Betrag um ein Fünftel zu ermäßigen. Unter Vorbehalteneinlagen lagen zwei Anträge vor. Ein Antrag wurde von unseren Genossen, welche hier im Fürsorge-Ausschuß sitzen, gestellt. In demselben wurde angefragt, wie es mit der Mietbeihilfe steht. Anträge hierfür sind Anfang Dezember von den Erwerbslosen gestellt worden. Leider aber hat die Gemeinde dieses Mißgeschick bewahrt. Der Gemeindevorsteher erklärte, es sei noch keiner bei ihm gewesen, ihm die Mietbeihilfe zu beantragen. Die Gemeindevertretung hofft, daß es dem Schulleter weiterhin gelingt, die von der Aufsichtsbehörde zugelegte Schulsumme von circa 800 Mark für den Ausfall der Gehaltszulagen zu erhalten. Weiterhin lag ein Antrag auf Ermächtigung der Gemeindevorstände vor. Die Vertreter der SPD kamen hier dem Antragsteller entgegen, indem sie einstimmig beschloßen, den jährlichen Betrag um ein Fünftel zu ermäßigen. Unter Vorbehalteneinlagen lagen zwei Anträge vor. Ein Antrag wurde von unseren Genossen, welche hier im Fürsorge-Ausschuß sitzen, gestellt. In demselben wurde angefragt, wie es mit der Mietbeihilfe steht. Anträge hierfür sind Anfang Dezember von den Erwerbslosen gestellt worden. Leider aber hat die Gemeinde dieses Mißgeschick bewahrt. Der Gemeindevorsteher erklärte, es sei noch keiner bei ihm gewesen, ihm die Mietbeihilfe zu beantragen. Die Gemeindevertretung hofft, daß es dem Schulleter weiterhin gelingt, die von der Aufsichtsbehörde zugelegte Schulsumme von circa 800 Mark für den Ausfall der Gehaltszulagen zu erhalten.

Gerasselwitz. Geflügeldiebstahl. In der Nacht zum Montag wurde dem Arbeiter K. der Stall erbrochen und vollständig ausgeräumt. Die Diebe erbeuteten sieben Gänse und dreizehn Hühner. Die Spürhunden konnten unerkannt entkommen.

Zindel. Mit Krankenscheinen für Wohlfahrts-erwerbslose ist man hier bei uns besonders sparsam. Ob dabei jemand draußgeht oder nicht, scheint nicht allzu viel Eindruck zu machen. So gibt es hier eine seit fünf Vierteljahr bettlägerige kranke und hilflose Frau, der der Gemeindevorsteher ein solches Krankenschein ausstellt. Anscheinend will man an diesem Fall beweisen, daß wir in Deutschland nicht mehr im Wohlfahrtsstaat leben.

Stein. Autounglück. Auf der Straße von Stein nach Zöschwitz geriet am Sonntagabend ein Auto durch Plagen des rechten Vorderreifens ins Schleudern und fuhr in den Graben. Der Chauffeur erlitt eine Bruistquetschung sowie mehrere Schnittverletzungen; der Wagen wurde vollständig demoliert.

Ströbel. Generalversammlung der Partei. Die hiesige Ortsgruppe der Sozialdemokratischen Partei hielt am Donnerstag ihre Jahresversammlung ab. Der Kassenbericht zeigte, daß die Kassenverhältnisse trotz der schweren wirtschaftlichen Vorlage der Genossen zufriedenstellend sind. Die Mitgliederzahl ist trotz größter Hitze und Verleumdung von gewisser Seite stabil geblieben. Die Vorstandswahl ergab einstimmige Wiederwahl des Gesamtvorstandes. Die Aufklärungsarbeit war in den vergangenen fünf Wählkämpfen eine gute, sind doch elf öffentliche Kundgebungen im Jahre 1932 in Ströbel durchgeführt worden. Aus dem Bericht der Arbeiterwohlfahrt war ersichtlich, daß auch hier Arbeit geleistet worden ist. Nachstuden wurden eingerichtet, Garten-Kinderpflege und Krankenhaus-Besuche durchgeführt und somit manche Not gelindert. Insbesondere gab die Arbeiterwohlfahrt bekannt, daß verbilligte Braunkohlenbriketts zum Preise von 70 Pf. pro Zentner verteilt werden. Die Bestellungen müssen rechtzeitig bei der Genossin Wapke, Friedrich-Ebert-Straße 4, abgegeben werden.

Zobten. Beständig ist nur der Wechsel. Um den Arbeitslosen eine angenehme Abwechslung zu bieten, hat man hier der hiesigen Arbeitsnachweisniederstelle die Kontroll- und Zahlzeiten schon wieder geändert. Die Kontrollzeiten sind nunmehr wie folgt festgelegt: Floriansdorf, Beinhilse Gasthaus jeden Freitag, Floriansdorf, Marzdorf, Groß-Mohnau und Prottschkenhain von 8.30—8.40 Uhr. Berghof-Mohnau, Frauenhain und Strehitz von 8.40—8.45 Uhr. Kontrollstelle Wörtschewitz, Zehrigs Gasthaus, jeden Freitag, Wörtschewitz, Krisselwitz, Mittenburg und Queißch von 9.45—9.55 Uhr. Michelsdorf, Wernersdorf und Kapsdorf von 9.55—10.00 Uhr. Kontrollstelle Zobten Arbeitsamt, jeden Donnerstag, Zobten, Stadteil Gorlau und Bergforst von 10—10.15 Uhr. Rogau-Kolenau von 10.15—10.25 Uhr. Ströbel von 10.25—10.40 Uhr. Quaitau und Klein-Bielau von 10.40—10.50 Uhr. Groß- und Klein-Silberwitz, Rantwitz und Striegelmühl von 10.50—11.00 Uhr. Angestellte der Kontrollstelle Zobten von 11.00—11.05 Uhr. Die Zahlzeit ist für die meisten Orte ebenfalls noch einmal geändert worden. Der Beginn ist mit 9.30 Uhr derselbe, sie endet jedoch bereits um 10.50 Uhr nicht 11.45 Uhr. Es erhalten demnach ab nächsten Mittwoch die Ortschaften Quaitau und Klein-Bielau ihre Unterflückung von 9.30 bis 9.40 Uhr, Strehitz und Floriansdorf von 9.40—9.50 Uhr, Berghof-Mohnau und Frauenhain von 9.50—10.00 Uhr, Striegelmühl, Rantwitz, Groß- und Klein-Silberwitz von 10.00—10.10 Uhr, Wörtschewitz, Krisselwitz, Mittenburg und Queißch von 10.10—10.20 Uhr, Michelsdorf, Kapsdorf und Wernersdorf von 10.20—10.30 Uhr, Groß-Mohnau und Prottschkenhain von 10.30—10.35 Uhr, Marzdorf und Rogau von 10.35—10.40 Uhr. Zobten einschließlich Gorlau und Bergforst von 10.40—10.50 Uhr. Ströbel von 10.50 Uhr an. Arbeitslose, die am Zahltag keine Unterflückung erhalten (Wartzeit — Sperrfrist) haben in der Zeit von 9.15—9.30 Uhr zur Kontrolle zu erscheinen.

## Fürst Hasfeld †

Am Sonnabend ist der 84jährige Fürst Hasfeld auf seiner Besitzung Traubenberg an den Folgen einer Bronchitis gestorben.

Fürst Hasfeld war als Exponent des Zentrums in der Vorkriegszeit wie nach der Revolution eine oftmals im Vordergrund politischer Kämpfe stehende Persönlichkeit von Format. Er war einer jener Männer, die mit an der Beilegung des Bismarckischen Kulturkampfes gegen den politischen Katholizismus in Deutschland teilgenommen hatten, neun Jahre Oberpräsident von Schlesien und lange Jahre Mitglied des schlesischen Provinziallandtages. Als Vorsitzender des niederschlesischen Provinzialausschusses — sein Nachfolger ist Landtagsabgeordneter Genosse Janotta — und oftmalsiger Alterspräsident des Provinzparlaments, hat der schon greise Fürst in der Nachkriegszeit noch bis 1930 sein Interesse an den kommunalpolitischen Fragen seiner Heimatprovinz behauptet. Als Mensch und als Gegner verstand er es stets, sich in hohem Maße Achtung und persönliche Wertschätzung zu erwerben, die auch seinem Andenken über den Tod hinaus sicher ist.

## Der Gerichtsvollzieher im Schweinestall

Als bei einem Besuche in Nederau, Kr. Solfenbain, der Gerichtsvollzieher ein Schwein fänden wollte und sich deshalb in den Schweinestall begab, schloß sich der Besitzer kurzerhand im Stall ein und erklärte, er werde den Beamten erst freilassen, wenn er die Pfändungsanfrage erfüllen habe. Natürlich wird sich nun der resolute Schweinehalter wegen Notigung und Freiheitsberaubung zu verantworten haben.

## Sprenghoffstube verhandeln nicht

In einem weiteren Haftpräzisionsverfahren vor dem Amtsgericht in Waldenburg wurden der angeklagte Gelehrte Franko mangels weiterer dringender Tatverdachts und der angeklagte Förster Tige, die beide im Zusammenhang mit der Dynamitklausur in der Ziegelei Kapan teilgenommen waren, mangels Verhandlungsfähigkeit aus der Haft entlassen.

Schweidnitz. Lebensmüde Jugend. Hier wurde die 25jährige Hanna Roher auf den Gleisen der Schmalspurbahn Schweidnitz Hbf. — Niederstadt tot aufgefunden. Es liegt zweifellos Selbstmord vor. Das Mädchen wurde etwa 20 Meter zwischen den Gleisen von der Lokomotive mitgeschleift. Dabei wurde ihr die Schädeldecke abgetrennt und der linke Fuß abgehauen.

Schönbach, Kr. Hirschberg. Kein Geld für Ortsbeleuchtung. Die Gemeinde Hirschbach ist seit dem 2. Januar ohne Straßenbeleuchtung. Infolge der hohen Wohlfahrtskosten war die Gemeindevorwaltung nicht mehr imstande, die Kosten für die Ortsbeleuchtung aufzubringen. Mit dem

Stromlieferanten lächeln gegenwärtig Verhandlungen, um eine Ermäßigung des Strompreises zu erlangen.

Reuthen. Mörder gesucht. Zu dem Morde an der 51jährigen Witwe Julie Malocha wird noch mitgeteilt, daß der Regierungspräsident in Oppeln für die Ermittlung des Täters eine Belohnung von 1000 Mark ausgesetzt hat.

## Aus der Umgebung

### Spatenstichen auf Menschen

Am Sonnabend abend wurde der Arbeiter S. auf dem Wege nach Sürding aus dem Park des Herrn Kraker von Schwarzenfeld heraus beschossen. Nur durch die Geistesgegenwart des S., der sofort auf der entgegengesetzten Straßenseite in den Graben sprang, ist kein Unglück passiert. Es wurden, von wem ist nicht festzustellen, im ganzen vier Schüsse abgegeben.

Brodau. In der Generalversammlung der Sozialdemokratischen Partei zeigen die Berichte für 1932, daß trotz der ungeheuren Wirtschaftskrise und der politischen Begebenisse Mitglieder- und Kassenbestand stabil geblieben sind. Die verschiedenen Ausschüsse konnten allerdings nicht so arbeiten wie in besseren Zeiten, doch konnte dafür der Arbeiterwohlfahrtsausschuß besonders leistungsfähig wirken. Die Frauen- und Jugendarbeit hat natürlich auch unter der Krise gelitten, aber auch hier wurde gut gearbeitet. Die Vorstandswahlen ergaben einige Neubekanntungen. Es wurden gewählt zum 1. Vorsitzenden Genosse Weill, zum 2. Vorsitzenden Genosse Saerhold, 1. Kassierer Genosse Sprung, Unterassistenten die Genossen Fischer und Schellauke, 1. Schriftführer Genosse Deming, 2. Schriftführer Genosse Will, Buchhalter die Genossen Reumann, Kisch, Kwas, Wring, Tschape. Redatoren die Genossen Fischer und Glöner, Jugendleiter Genosse Zigan, Frauenleiterin Genossin Rudolf. Der Bildungsausschuß setzt sich aus den Genossen Lorenz, Kisch, Reumann, Arbeiterwohlfahrt Genosse Erich Scholz und den Genossen Kwas, Saerhold, Tschape, Koch und Rudolf zusammen. Als Delegierte zur Unterbezirks-Generalversammlung wurden die Genossen Lorenz und Deming bestimmt.

Schönbach. In der letzten Gemeindevorsteherwahlung, die naturgemäß viele Zuhörer fand, wurden die Gemeindevorstehergeschäfte an Herrn Ebersbach übergeben und mitgeteilt, daß insgesamt ein Fehlbetrag von 4000 Mark fest gestellt wurde. In der Debatte kam mehrfach zum Ausdruck, daß es unverständlich ist, wie diese Fehlbeträge trotz mehrfacher Kontrollen durch Beamte des Landratsamtes erst so spät festgestellt wurden. Dem Vorschlag, für den Fehlbetrag einen Kredit anzunehmen, wurde nicht zugestimmt, doch sollen die Fehler künftig zu den Gemeindefestsetzern herangezogen werden. In der Angelegenheit Tschape erfahren wir, daß Tschape einen Teil der Verurteilungen ausgegeben hat, womit natürlich keine Beziehungen zur SPD gelöst sind, da die Sozialdemokratie von ihren Mandatsträgern als selbstverständliche und erste Voraussetzung die persönliche Unantastbarkeit fordert.

## Sozialdemokratische Partei

Unterbezirk Breslau-Land-Neumarkt  
Sekretariat, Margaretenstr. 17, Gartebau (Neuban), Zimmer 170—174  
Telephon 5906, 59061  
Sprechstunden: Dienstag, Mittwoch, Freitag von 9—13 u. 16—18 Uhr

### Achtung, Ortsgruppenführer!

Der Engere Parteivorstand ist auf den 23. Januar einberufen worden. Bis zu diesem Termin sind uns die Namen der neugewählten oder wiedergewählten Ortsgruppenvorstände und der Delegierten, sowie die

Anträge zur Generalversammlung des Unterbezirks am 29. Januar 1933 einzutragen. Genossen! Sorgt für pünktliche Einhaltung der Termine.

Die Ortsgruppen, die noch nicht abgerechnet haben, werden ersucht, die Abrechnung bis spätestens 23. Januar zu vollziehen, damit der Geschäfts- und Kassenbericht vollständig erstattet werden kann.

### Der Vorstand des Unterbezirks Breslau-Land-Neumarkt.

Zöschwitz. Dienstag, den 17. Januar, 20 Uhr, bei Hg. Janowitz: Generalversammlung. Redner: Genosse Dr. Korn. Mitgliedsbücher mitbringen. Ohne Buch kein Stimmrecht.

Schöttwitz. Montag, den 16. Januar, 19 Uhr, bei Breiche: Funktionsprüfung. Dienstag, den 17. Januar, 20 Uhr, bei Krampitz: Sitzung der Gemeindevorsteher.

Melzig. Mittwoch, den 18. Januar, 18.30 Uhr, bei Langwitz: Generalversammlung. Redner: Genosse Dr. Korn. Mitgliedsbücher mitbringen. Ohne Mitgliedsbuch kein Stimmrecht.

Groß-Schottau. Mittwoch, den 18. Januar, 19 Uhr, bei Dittrich: Generalversammlung. Redner: Gen. Schäfer.

Kottwitz. Montag, den 16. Januar, 20 Uhr, Lokal Kaff. Redner: Genosse Schäfer.

# KPD. als Zuflucht der Nazis

## Nazispiegel erhält die Leitung des Antifaschistischen Kampfbundes Er veruntreut und verkauft mit KPD-Funktionären Parteigelder

Samburg, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

In der kommunistischen Ortsgruppe des Städtchens Wedel bei Hamburg hat sich ein Funktionär, der von der KPD zur KPD übergetreten war und dort freudig aufgenommen wurde, als Spitzel entpuppt.

In der KPD wurde der übergetretene Nazi alsbald mit Funktionen beauftragt, die in jeder anderen Partei, die auf Ehrlichkeit hält, nur durch langjährige Parteizugehörigkeit und durch das Vertrauen der Mitglieder erworben werden können. Aber in der KPD wird hierauf kein Wert gelegt. Es kommt hier lediglich darauf an, ob jemand gehörig gegen die Sozialdemokratie heizen kann. So auch in diesem Falle. Derselbe Mann und Funktionär, der gestern noch auf das Vaterland geschworen hatte und als Führer einer Horde Faschisten den Marxismus in Wedel mit Sturm und Gift ausrotten wollte, wurde kaum, daß er zur KPD übergetreten war, zum Führer des Antifaschistischen Kampfbundes in Wedel berufen. In dieser Eigenschaft hat er wiederholt zur nächsten Stunde die antifaschistische Garde in Wedel aus den Betten trommeln und anretten lassen. Wenn es soweit war, machte er den Kommunisten fastschämig die Mitteilung, er wolle sich nur vergewissern, ob auch alles klappt, wenn die große Stunde geschlagen habe.

Von den Nazis erhielt dieser neugewählte Sowjetfunktionär angeblich Drohbriefe über Drohbriefe, in denen ihm die Mitteilung gemacht wurde, daß man ihn „umlegen“ werde, wenn er nicht seinen Kampf gegen das Vaterland einstelle. Einen dieser Briefe hat die kommunistische „Samburger Volkszeitung“ in großer Aufmachung wörtlich abgedruckt. Dann aber kam der große Rasenjammer. Im Herbst kam man plötzlich dahinter, daß die kommunistische Ortsgruppe Wedel und die kommunistische Stadtteilleitung Altona, die den neuen erochen antifaschistischen Führer bekräftigt hatten, einem üblen Spitzel aufgefressen waren. Ferner besteht kein Zweifel mehr darüber, daß sich dieser Spitzel jene Drohbriefe, die er angeblich von den Nazis erhalten hat, selbst geschrieben hat.

Dieser Tage trat nun unter dem Vorhild des Stadtteilleiters in Altona das kommunistische Parteigericht in der roten Sporthalle zu Wedel zusammen. Es hatte sich nämlich herausgestellt, daß der Spitzel die Gelder, die er für seine Arbeit erhalten hat, zum größten Teil gemeinsam mit den prominentesten kommunistischen Funktionären der Ortsgruppe Wedel in Alkohol umgeseht hat. Für dieses „unproletarische“ Verhalten wurden zahlreiche Funktionäre gehörig abgefanzelt. Es ist bei dieser Gelegenheit sehr heiß hergegangen. Aber es kommt noch schlimmer. Seit längerer Zeit wurden die Bewohner Wedels durch Diebstähle und Räubereien gemeinster Art in Unruhe gehalten. Den Bäuern wurden Hühner und Gänse aus den Ställen und von der Weide gestohlen; den Kleinhandlern wurden die Läden erbrochen und ausgeraubt, Arbeiterfamilien, deren Ernährer seit langer Zeit erwerbslos sind, wurden Kaninchen und Hühner gestohlen. Ebenso wurden Schlachterläden und Kaufhäuser erbrochen und beraubt. Mordanschläge wurden die Diebstähle betrieben, ohne daß es der Polizei gelang, den Tätern auf die Spur zu kommen. Jetzt endlich scheint man die Spitzelungen gefaßt zu haben. Vor einigen Tagen wurden einige der prominentesten Kommunisten der Ortsgruppe Wedel von der Polizei verhaftet und in das Untersuchungsgefängnis in Altona überführt. Es besteht kaum ein Zweifel darüber, daß zum mindesten einer der Verhafteten an den Räubereien beteiligt gewesen ist. Auch mit dieser Angelegenheit hatte sich das kommunistische Parteigericht in Wedel zu befassen. Die ganze Angelegenheit soll natürlich vertuscht werden. Aber es ist notwendig, daß die Arbeiterschaft erfährt, welcher Geist innerhalb der kommunistischen Partei herrscht.

Bekanntlich ist die Parteileitung Wasserlante der KPD auf die von den Kommunisten in Wedel so laut betonte Linientreue. Dazu gehörte der Kampf gegen die verurteilten Sozialdemokraten mit dem Geschrei: „Hauptfeind ist...“ Das dieses Geschrei nach dem Kommando eines nationalsozialistischen Spitzels laut und immer lauter erkörnte, gab dem so geführten „Klassenkampf“ erst den rechten Schwung. Gleiche Brüder, gleiche Kappen...

## Frankreichs Regierung genehmigt Finanzplan

Paris, 14. Januar. (Eigener Drahtbericht.)

Die französische Regierung hat am Sonnabend den Finanzplan Chérons in den wichtigsten Punkten genehmigt.

Nur die 2000 Mark jährlich übersteigenden Beamtengehälter sollen auf die Dauer eines Jahres um 2 bis 12 Prozent gekürzt werden. Diesen Abzug beabsichtigt man auf zwei Jahre zu verteilen. Damit würde sich die Kürzung auf 1 bis 6 Prozent des Jahresgehalts belaufen. Nach Ablauf dieses Jahres hofft die Regierung die durch die Gehaltskürzungen erzielten Ersparnisse durch eine Vereinfachung der Verwaltung zu erzielen zu können. In bezug auf die Militärausgaben hat sich die Regierung über eine weitere Kürzung von etwa 120 Millionen Mark (= 780 Millionen Francs) geeinigt.

Die endgültige Form der Regierungsvorlage wird in einem am Montag unter dem Vorhild der Ministerpräsidenten stattfindenden Ministerrat festgelegt werden. Die sozialistische Kammerfraktion hat dem Ministerpräsidenten am Sonnabend zu den Finanzplänen der Regierung einen Gegenentwurf überreicht, der u. a. außer der von der Regierung bereits genehmigten Kürzung der Militärkredite um 120 Millionen Mark eine weitere Senkung von über 100 Millionen Mark vorsieht.

## Scharfe Beschlüsse der Beamtenverbände

Paris, 16. Januar. (Eigener Funkbericht.)

Die Landesauschüsse des Allgemeinen Landesverbandes und des Postbeamten-Verbandes, die beide dem Allgemeinen Gewerkschaftsbund angegeschlossen sind, haben am Sonntag nachmittag den Bericht ihrer Vorstände über die Unterredungen mit Mitgliedern der Regierung entgegengenommen und beschlossen, sich mit allen Mitteln den Finanzplänen der Regierung zu widersetzen, die die Beamten sowohl als Steuerpflichtige wie auch als Verbraucher aufs schwerste treffen. In einer Entschließung wird weiter erklärt, daß die Beamten bereit sind, alle Aktionsmittel anzuwenden, die die letzten Kongresse der beiden Verbände gegen eine etwaige Gehaltskürzung empfohlen hatten (strenge Befolgung der Vorschriften in allen öffentlichen Dienstbetrieben und Verringerung der Arbeitsleistung in allen Verwaltungen). Die Verbandsvorstände sollen im Einvernehmen mit dem Kartell der Beamtenverbände bestimmen, ob und wann diese Aktionsmittel in Kraft gesetzt werden sollen. In einer gemeinsamen Sitzung der beiden Landesauschüsse wurde eine weitere Entschließung angenommen, in der die Verbände ihre materielle und moralische Solidarität betätigen und ihr Vertrauen zu den Ergebnissen einer engen Zusammenarbeit ausprechen.

In Regierungskreisen ist die gemeinsame Entschließung der Verbände mit Genugtuung aufgenommen worden; denn man hatte nach der Annahme der vorher erwähnten Entschließungen befürchtet, daß in der gemeinsamen Sitzung der beiden Verbände die Forderung des

Aktionsmittels beschlossen würde. Ein Mitarbeiter des Ministerpräsidenten hat erklärt, daß die Entschließung nicht die Brücke zwischen der Regierung und den Beamten abbrechen und die Zusammenarbeit zwischen beiden Parteien fortgesetzt werden könne. Verschiedene bürgerliche Zeitungen behaupten sogar, es sei nicht unmöglich, daß auf die Initiative der sozialistischen Fraktion, die einige Abänderungsvorschläge in Reserve halte, bei der vielleicht eine Verständigung erzielt werde. Dieser offizielle und offiziöse Optimismus ist, wie hinzugefügt werden kann, reichlich übertrieben. Die sozialistische Fraktion ist ebenso wie die Beamten gegen die Finanzpläne der Regierung, die nach den Erklärungen des Finanzministers keinen grundlegenden Veränderungen mehr unterworfen werden sollen. Die Sozialisten werden daher der Regierungsvorlage den angelegentlichsten Gegenentwurf gegenüberstellen, dessen endgültige Form ebenfalls heute festgelegt wird. Unter diesen Umständen ist der Ausgang der Finanzdebatte, die wahrscheinlich Ende der Woche in der Kammer beginnt, noch völlig ungewiß.

## Nazimann als Brandstifter

Dresden, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

In einem Vorort von Dresden hat die Polizei einen nationalsozialistischen Maurer verhaftet, am 21. Dezember sein Haus angezündet zu haben. Der Maurer hat damals politische Gegner als Urheber des Brandes verdächtigt. Zeitweilig wollte er durch den Brand die Versicherungssumme ergaunern. Der Nazi-Schwinder und seine Frau sind inzwischen hinter Schloß und Riegel gesetzt worden.

## Protestnote Chinas an die Vertragsmächte

Peking, 14. Januar. (Eig. Drahtbericht.)

China hat dem Völkerbund abchristlich eine Note mitgeteilt, die es an alle Unterzeichnermächte des sogenannten Boxer-Protokolls von 1901 gerichtet hat. In der Note wird festgestellt, daß die japanischen Truppen unter Berufung auf ein angebliches Sonderrecht

## Kleine Breslauer Nachrichten

### Letzte Stunde bei Gustav Groher

Gestern nachmittag versammelte sich im Krematorium eine zahlreiche Gemeinde, um von Gustav Groher, dem leider so früh verstorbenen Gauleiter des Nahrungsmittel- und Gewerkschaftsverbandes, Abschied zu nehmen. Ein Herz von Kränzen ließ erkennen, welcher Wertschätzung sich Gustav Groher in der Zeit seines Wirkens erfreute. Vor weit her waren seine Freunde und Kollegen gekommen. Der Hauptvorstand seines Verbandes hatte den Vorsitzenden Boggett und den Kollegen Köstler entsandt. Aus Frankfurt a. M., Leipzig, München und Magdeburg waren Organisationsvertreter erschienen, um die letzten Grüße der Kollegenschaft zu überbringen. Fahnen der Partei und der Eisernen Front und eine Ehrenwache des Reichsbanners umstanden den Sarg, als Genosse Karl Vietz nach einem Worte der Arbeiterjünger in zu Herzen gehender Rede das Werk und Wirken und die hohen menschlichen Werte des Dahingegangenen der Trauerverammlung vor Augen führte. Dann zeichnete der Verbandsvorsitzende Boggett den Verstorbenen und seine Lebensarbeit, die vorbildlich gewesen. Im Namen der Eisernen Front nahm Genosse Ernst Zimmer von dem toten Freunde Abschied, der ein wahrhafter Kamerad und guter Freund, ein untadeliger, uneigennütziger Mensch und vorbildlicher Sozialist gewesen. Ein Lied der Sänger erklang, die letzten Abschiedsworte, Orgelfänge und der Sarg entwand langsam den Blicken der Trauergemeinde. Gustav Groher war am Ende seiner letzten Fahrt.

## Dankflagung

der Familie Hanisch an alle Beerdigungsteilnehmer

Wir wollen noch einmal an dieser Stelle allen Genoffinnen und Genossen für ihr Geleit bei der Beerdigung unseres Sohnes Fritz unseren Dank aussprechen. Die vielen Trostbetreibungen der Organisationen der „Eisernen Front“ haben uns geholfen unser Leid leichter zu tragen. Aus allen Ecken haben wir erfahren, daß unser Sohn nicht vergessen wird. Wo so viel Solidarität vorhanden ist, da muß es vorwärts gehen. Die Jugend, daß unser Junge für keine schlechte Idee gestorben ist, wird uns in unserer Trauer immer wieder an den Sozialismus glauben lassen. Breslau, den 13. Januar 1933. Familie Hanisch.

## Die großen „Club“-Männer



der Greiling-Zigarettenfabrik, die auf ihren hohen Stelzen so sicher einberstehen, wie andere, wenn sie mit den Füßen auf der Erde stehen, geben zuerst in Breslau ein Gastspiel in den Straßen der Stadt, wo sie das entsprechende Aufsehen erregen. Auch unserer Redaktion flatterte sie einen Besuch ab, und erzählten, daß eine Propaganda für die „Club“ mit den Bildern der Schweißkämpferinnen und des Zepellinfluges von so hohem Stande aus (nämlich auf den Stelzen) eine interessante Tätigkeit ist, zumal sich die Anhänger der „Club“-Zigaretten und der „Club“-Bilder überall beim Erscheinen auch für die großen „Club“-Männer interessiert zeigen.

aus diesem Protokoll die Stadt Schanghai von Besatzungsmächten freigegeben werden und sich zum Beispiel auf Peking entlang der Bahn nach Peking konzentrieren. Unter diesen Umständen könne die chinesische Regierung keinerlei Verantwortung für irgendeine Situation, die aus der Auflösung des Reiches der legitimen Verantwortung durch die chinesischen Truppen entstehen könnte. Die Truppen seien entschlossen, den Angriffen der Japaner den kühnsten Widerstand entgegenzusetzen.

Der Generalsekretär des Völkerbundes hat den Versuch gemacht, den Entschuldigungsentscheidungen der 19. Kommission für die Regelung des Mandchurien-Konflikts so abzuändern, daß er von Japan angenommen werden könne. Nach dem Vorschlag Sir Eric Drummonds soll jede Erwähnung des Mandchurien-Staates und seiner Anerkennung durch Japan unterbleiben. Daraus würde der Völkerbund seine Kapitalisation vor Japan befestigen. Der japanische Vertreter Matsuo hat den neuen Text des Entwurfs bereits nach Tokio gefaßt und um Anweisung er sucht. Von der chinesischen Delegation wird ein solcher Text scharf zurückgewiesen werden.

## China wehrt sich

Gegenangriffe gebieten Japan halt! — Regierung der Landesverteidigung?

Am gleichen Tage, da China dem Völkerbund seine Ankündigung an die Großmächte mitgeteilt hat, sich gegen den japanischen Lebensbruch und Landraub zu wehren, werden großangelegte überragende Gegenangriffe chinesischer Truppen auf die Rückverbindungen und Stützpunkte der Japaner gemeldet, die jetzt schon die Provinz Jehol heimsuchen. 30.000 chinesische Freischärler unter Führung des Generals Fengtshanghai und Truppen unter General Tangulin sollen die Japaner zum Haltmachen gezwungen haben.

Wenn das japanische Oberkommando die Offensivbewegung der chinesischen Truppen beständig, so natürlich nur, um später daraus die Notwendigkeit japanischer Verstärkungen und neuer Angriffe auf China zu schließen!

Der Zusammenfassung aller Kräfte zur Abwehr dient der Vorschlag von Sunjo, des Vorsitzenden des Gesetzgebungsrates, auf Bildung einer Regierung des Landesverteidigung mit Chiang Kai-shek an der Spitze.

## Eine Washingtoner Erklärung

Eine offizielle Washingtoner Erklärung stellt in Aussicht, daß ein Eingreifen zum Schutz amerikanischer Interessen erforderlich würde, wenn die Japaner über Tientsin hinaus gegen Peking (früher Beijing) marschierten. Bis jetzt hat Japan sich durch derartige Eventualankündigungen ebenjowenig beirren lassen wie durch Proteste im nachhinein.

## Vom ungerissenen Kandelaber verletzt

Gestern abend fuhr ein Lastzug die Burgstraße entlang. Ein von der Unberührbarkeit kommendes Personenauto schnitt dem Lastzugführer den Fahrweg ab, so daß dieser, um einen Zusammenstoß zu vermeiden, stark abbremsen mußte. Infolge der Glätte rutschte der mit 260 Zentner Frachtgut beladene Zug ab und geriet in den Fußgängerburdengang am sogenannten Kaiserhof, wo er einen Gastenbetriebsurzug und das Unterverbindungsgebäude beschädigte. Die Ehefrau B. aus der Arbeiterkategorie wurde von herumfliegenden Kandelaberstücken am Kopf und am Handgelenk verletzt und mußte von einem Polizeibeamten in das Allerheiligen Hospital gebracht werden. Der Lastzug wurde stark beschädigt.

## Der Zentralverband der Arbeitsinvaliden

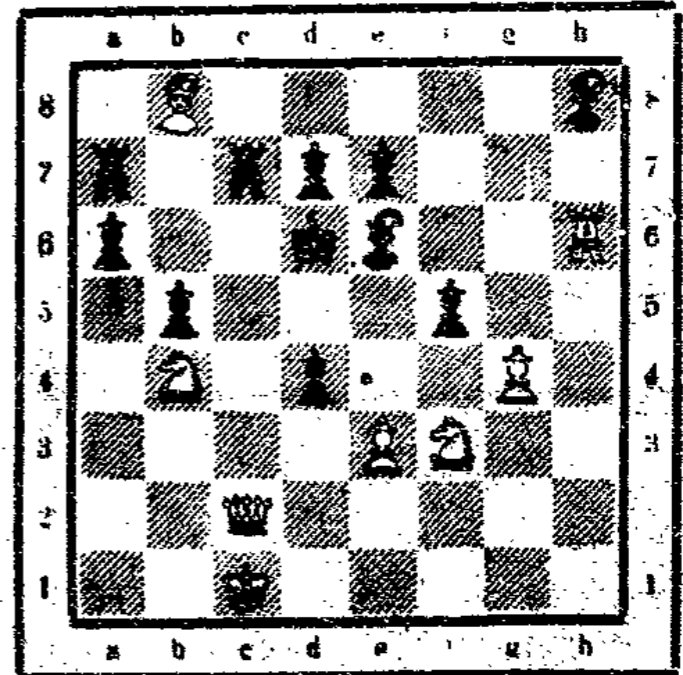
Ortsgruppe Breslau, hielt in den letzten Tagen im großen Saale des Gewerkschaftshauses eine gut besuchte Jahresversammlung ab. In längeren Ausführungen wurde im Geschäftsbericht die verrichtete Arbeit gefeiert und desgleichen auf die schweren sozialpolitischen Kämpfe hingewiesen. Den Kassenbericht erstattete Kollege Seibt, dem für seine Arbeit Entlassung erteilt wurde. Nach erfolgter Aussprache, die in rein sachlich kollegialer Weise vor sich ging, wurden in den Vorjahren berufen: Wagner, Seibt, Hiel, Majunke, Nordstein, Baumann, Paltsche, Himmel, Schneider. Unter verschiedenen anderen organisatorische Angelegenheiten ihre Erlebigung und mit dem Aufruf geschlossen, daß alle Rentner den Weg zur Organisation, in den Zentralverband der Arbeitsinvaliden und Witwen Deutschlands (Breslau, Altküperstraße 46), finden mögen. Sprechstunden: Montag, Dienstag, Mittwoch vormittags von 9—12 Uhr.

## Fahrplanänderungen

Die Pressestelle der Reichsbahndirektion Breslau teilt mit: Die Eilzüge 221 — Breslau Hauptbahnhof ab 22.26 Uhr, Züge an 0.04 Uhr — und 224 — Züge ab 6.14 Uhr, Breslau Hauptbahnhof an 8.11 Uhr — verkehren seit 10. Januar als beschleunigt durchgeführte Personenzüge in den bisherigen Fahrplänen.

## Schach

Bearbeitet vom Arbeiter-Schachverein Breslau. Zuschriften und Lösungen an: R. Rittner, Breslau 17, Pöpelwitzstraße 27. Breslau, im Januar 1933. Aufgabe Nr. 301. W. Glaser, Breslau (Original).



Matt in vier Zügen.

Weiß: Kc1, Dc2, Th6, Lb8, Sb4, f3, Bg5, g4 (9). Schwarz: Kd6, Ta7, c7, Le6, h8, Ba6, h5, d7, d4, e7, f5 (11).

## Lösungen:

Aufgabe Nr. 296. Kotalla, 1. Df6 — b3! Zugzwang! Es geht aber auch Df5 mit der Drohung Dc6 matt. Nr. 297. Withe, 1. Df6 — a1! Ein wundervolles Stück, mit einem geradezu frechen Schlüssel. Richtige Lösungen sandten ein: Fr. Lehnasch, Th. Kowacek, K. Hellner, R. Malucha, W. Nitschke, R. Pfohl, O. Jasch, O. Baumgarten, Fr. Langner.

# Volkswachtleser werden von uns gut bedient!

**Schuhe** Seit über 50 Jahren bewährte Bezugsquelle für Qualitäts-Schuhwaren. — Bedeutende Auswahl in allen Preislagen.

**Schlenzog**  
Friedrich-Strasse 19

**Funk-Frank** Brüderstr. 47  
Elektro-Radio-Foto-Bedarf. Eig. Fachm. Akku-Ladestation. Leib. Akkumul. Anod. 100 Volt v. 4,30 Mk. an

**Gaststätte „Stadt Leipzig“**  
Ursulaer Straße 2/4  
Das Lokal der Vereine und Verbände. Streng reelles Familien-Lokal. Inh. Heinrich Mosig

**Kolonialwaren** und alle einschlägigen Artikel  
**Müller, Brunnenstr. 26**

**MÖBEL** In großer Auswahl Gut! Reell! Billig!  
Überzeugen Sie sich überblickend durch Besichtigung!  
**Möbel-Industrie Knorr & Co.**  
Weissenburger Straße 6. — Tel. 41171

**Herrn-Friseur Heinrich Guttler**  
Margaretenstraße 26

**Feinbäckerei Räckeral und Café U. Adler, Nikolaistr. 7**

Unterstützt den kleinen Gewerbetreibenden  
**Hermann Knorr**  
Gaststätte  
Posener Straße 61

**B. Ackermann**  
Margaretenstraße 26  
empfiehlt  
**Milch, Butter, Käse, Metenialwaren**

**Bastler-Bezugsquelle RADIO-BAYER**  
Breite Str., Ecke Münzstr.

Damen- und Herren-Frisier-Salon  
**Schubert**  
Berliner Platz 7 (Krausebad)  
Erwerbslos Preisermäßigung!

**Leder und Schuhe** kaulen S.e gut u. billig bei  
**Eise Brauch**  
vorchel, Scholz  
Gräbener Str. 14  
Filialen:  
Tautenzienstraße 148  
Vorzeiger dieses 5% Rabatt

**Tabakwaren**  
Groß- und Kleinverkauf  
**E. Krebs, Breitestr. 38**

**Alsen-Molkerei Hermann Neugebauer**  
Alsenstraße 86 empficht  
Voll-, Mager-, Buttermilch  
Weißkäse, sowie sämtliche  
Käsesorten. Die Milch steht  
ständig unter Kontrolle der  
Landwirtschaftskammer,  
Milch mehrmals prämiert

Damenbesohler m. Abs. 1.40  
Herrenbesohler m. Abs. 2.60  
**Rozik, Katharinen-  
straße 19**

**Milch, Butter Käse etc.**  
empficht  
**E. Justus, Löststr. 13**

**Herrn-Friseur Paul Mokros**  
Tautenzienstraße 169  
Gute preiswerte Bedienung

**Pelzbesätze**  
Mäntel sowie jede Pelz-  
arbeit liefert billigst  
**H. Stiller, Ketzberg 22**

**Gesellschaftshaus „Jägerhof“**  
Inh. Karl Pöbler  
Gräbener Str. 181/183  
empficht seine Lokalitäten.

**„Schultheiß-Ecke“**  
Trebützer Straße 23  
empficht seine Lokale  
und Vereinszimmer.  
**Paul Böhm.**

**Schuhe**  
gut und billig nur  
Schuhhaus Odendor  
**B. Jacobsohn**  
Rosenthaler Straße 59  
Vorzeiger des Inverals 5% Rabatt

**Fischwaren**  
**Hans Winkler**  
Lützowstraße Nr. 16

Reichsbanner-Kameraden  
verkehren bei  
**Arthur Rose**  
Haase-Quelle  
Margaretenstr. 28  
Solide Preise!

**H. Schliebs**  
Staubberatung im Abonnement.  
Neue Taschenstraße 24  
**Druckerei Volkswacht**  
über moderne Drucksache:  
Krosigk 7 Plurstraße 4

## Tagung des SWSJ.-Präsidiums

Das Präsidium der Sozialistischen Arbeiterparteiinternationale tagte am 9. Januar in Wien. Die Tagung nahm die Berichte der Präsidenten und des Sekretärs entgegen und fasste bedeutende Beschlüsse. In der Tagesfrage wurde über die Landesgrenzen der Arbeiterbewegung entschieden. Die Verhandlungen über die Landesgrenzen sollen erneute Feststellungen unter den SWSJ.-Verbänden gemacht werden. Die geschäftliche Verbindung der SWSJ. mit Spanien ist dem Untersekretär für die romanischen Länder, Deslioger-Belgien, übertragen worden, während der Verkehr mit England weiter durch das Zentralsekretariat in Prag geübt wird. Die vorliegenden Richtlinien des Gesundheitsausschusses werden einer nachmaligen Prüfung unterzogen. Vor der Präsidiumstagung fand in Wien ein Fußballspiel zweier tschechischer Arbeiterfußballmannschaften statt. Die Mannschaften überreichten dem Präsidium eine Entschuldigungs-urkunde, wonach die Einführung des Arbeiterfußballspiels in der Tschechoslowakei verlangt wird. Das Präsidium hat diese Entschuldigungs-urkunde zur Kenntnis genommen. Wegen Einführung des Arbeiterfußballspiels unter der tschechischen Arbeiterpartei der Tschechoslowakischen Republik soll direkte Verbindung mit Prag aufgenommen werden. Um die technischen Arbeiten des polnischen SWSJ.-Verbandes zu fördern, wird das Präsidium den Versuch unternehmen, eine technische Lehrkraft nach Warschau zu entsenden. Zur Förderung der technischen Organisationsfragen der polnischen

Arbeiterparteiorganisationen wird der Vorsitzende des technischen Hauptausschusses nach Polen entsandt. Für den Weltarbeiter- sporttag sind die technischen Arbeiten im vollen Gange. Die eigens für die Massenübungen komponierte Musik ist erschienen und bereits auf Schallplatten aufgenommen. In der Bundes- schule des deutschen Arbeiter-Turn- und Sportbundes zu Leipzig wird ein internationaler Lehrgang für Wasserrettungs- dienst und Wasserballschiedsrichter, sowie für Turnen und Gymnastik von den dazu zuständigen internationalen Fach- ausschüssen durchgeführt. Der internationale Fachauschuss für Handballspiele wird im März in Prag eine Sitzung abhalten, ebenso wird in diesem Jahre eine Sitzung des internationalen Fachauschusses für Leichtathletik stattfinden. Die Weltwirtschafts- krise wirkt sich naturgemäß auch auf das Leben der Landes- verbände aus. Die im Herbst 1933 stattfindende Sitzung des Internationalen Büros wird sich eingehend mit der Finanzlage der Verbände befassen. Die nächste Exekutivtagung der Inter- nationale wird im Mai 1933 in Prag stattfinden. Die endgültige Erledigung der Arbeiten für das 2. Arbeiter-Olympia, das 1931 in Wien stattfand, wurde nach einem Vortrag von Gustav-Wien einstimmig beschlossen. Ueber den Stand der Europafußball- meisterschaftsspiele und über die Stellung des internationalen Fußballfachauschusses zur Frage des Berufssports berichtete der Fachauschussvorsitzende Nibel-Leipzig. Die Mitglieder der Exekutive waren anlässlich ihrer Anwesenheit in Wien Gäste bei dem Europafußballmeisterschaftsspiel Oesterreich — Ungarn.

## So erzieht das Reichskuratorium

Wie es um die vielgepriesene Jugendberichterstattung durch das Reichskuratorium bestellt ist, darüber berichtet die rechtsbürgerliche „Berliner Morgenpost“ (Nr. 279/1092) in einem Artikel von Dr. Hans Hartmann: „Es liegen sehr zuverlässige Nachrichten vor von dem ersten Lehrgang für Jugendberichterstattung in Döberitz, der etwa zwanzig weiteren Lagern in ganz Deutschland als Vorbild dienen sollte. Gerade nationale Teilnehmer haben geklagt, daß man dort im schärfsten Kommissgeiz nur Hinlegen und Aufstehen spiele, daß aber von einem Einbringen in die Volksgemeinschaft, in die lebendige Geschichte unseres Volkes, daß vom Geiste wahrer Kameradschaft und echter Selbsterziehung nicht die Spur zu finden sei.“

## Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht!

### Sammlen-Anzeigen

Am 14. Januar verstarb nach schwerem Leiden unser innigstgeliebter Sohn, Bruder, Nette und Cousin, der **Frisier**  
**Herbert Junger**  
im blühenden Alter von 22 Jahren.  
Breslau, Vinzenstr. 8, den 16. Januar 1933  
In tiefstem Schmerz  
Die trauernden Hinterbliebenen nebst Braut.  
Beerdigung: Dienstag, den 17. Januar, nach- mittags 2 Uhr, von der Halle I, Tor II, nach Sankt Bonifatius in Oswitz. 5632

**Danksagung!**  
Die uns anlässlich des Hinscheidens unseres lieben Vaters, Bruders und Kameraden  
**Gustav Groher**  
erwiesene Anteilnahme unseren aufrichtigem Dank.  
**Familie Groher.**

**Künstliche Augen**  
fertigen wir naturgetreu für unsere Patienten  
F. A. Müller Sohn, Wiesbaden, in Breslau, Hotel Rom, Bischofstr. 10a, Ecke Albrechtstr., von 21. — 24. 1. 33.

GEBURTS- VERLOBLINGS- HOCHZEITS- TODES-  
**ANZEIGEN**  
liefert schnell die  
**Volkswacht-Buchdruckerei**  
Flurstraße 4/6, Fernruf Ring 1206 u. Ohle 3775

left  
bücher  
[schult den verstand]

### STADTHEATER

Montag, 19.30 bis gegen 23  
**Die Blume von Hawaii**  
Dienstag, 20 bis 22.30  
Abom.-Vorstellung E 9  
**Ziefland**  
Mittwoch, 21 bis 22.30  
Abom.-Vorstellung F 9  
**Friedemann Bach**

### LOBETHEATER

Täglich 20.15 bis 22.15:  
**Kind im Schatten**  
**GERHART-HAUPTMANN- THEATER**  
Täglich 20.15—22.10  
**Auslandreise**

### 5. Volks-

**Symphoniekonzert**  
der Schles. Philharmonie  
Dirigent: Hermann Behr  
Sol.: Josef Wagner (Klavier)

Wir er-ten Rückgrat-Verletzung ohne Beratung bei-sonst 2. er. Weiler, zeigt zwar Buch mit 50 Ab-bildungen, ist bestimmt gg. Einzahlung 1.50 Mk.  
**FRANZ MENZEL**  
Bresl. 13, Schersch. 31. Jhr.  
Tel. 319 56, Nr. 7  
Heute! Ausverkauf!

### Buchhandlung

**VOLKSWACHT**  
Breslauer Buchhandlung  
BRESLAU

### Seitungen

**Lehrzettel**  
u. Redig. Miete 20 Pf. per  
Jahr zu vermieten. Offert u.  
S. 126 an die „Volkswacht“,  
Flurstraße 4, erbeten.

### Kleine Anzeigen

Schreibgeräten mit Hoch-  
druck- und Schuppen-  
druck-Systemen, am  
Besten! Preiswertig, präzis,  
zu verkaufen. Zuschriften an:  
A. P. 39 an die „Volkswacht“,  
Flurstraße 4, erbeten.

### Uraufführung

Heute  
8<sup>15</sup> Uhr  
**Schauspielhaus**  
Operettenbühne Tel. 383 00  
in Anwesenheit des Komponisten  
Die  
**Fahrt ins Abenteuer**  
Operette von Will Fanta  
Ab Dienstag  
täglich 2x 4.30 und 8.15 Uhr  
nachmittags 30 Pf. bis 2.50  
abends

### Verlangen Sie, bitte, ein Probeheft!

## Sozialistische Monatshefte

Herausgeber Joseph Bloch  
Preis pro Quartal 3 Mark, Einzelheft 1 Mark  
Vorzugsabgabe (auf besonders schönem Papier) pro Quartal 6 Mark, Einzelheft 2 Mark  
Die Sozialistischen Monatshefte sind diejenige Zeitschrift, in der die Idee des Zusammenwachsens des Europäischen Kontinents und der organischen Gestaltung der Welt in 5 großen Wirtschaftskreisen konzipiert und vor, während und nach der Kriegszeit am konsequentesten vertreten wurde.  
Jeder Freund des Europäischen Gedankens lese daher die Sozialistischen Monatshefte.

### Das neueste Heft enthält:

Paul Kampffmeyer - Die historische Leistung Eduard Bernsteins  
Eduard Bernstein - Zu meiner Programmschrift  
Dr. Carl Mierendorff M. d. R. - Bestimmung auf Europa?  
Dr. Richard Kleinheist - Amerika und die Entwertung Europas  
Julius Kallak - Antikolonialismus der Wirtschaft?  
Walter Quesel - Eine neue Phase der bolschewistischen Wirtschaft?  
Hermann Krumold - 50 Jahre Arbeit der Fabier  
Manuel Ugarte - Die Krise Südamerikas  
Ernst Kallak - Biocronistik  
Dr. Hans Hartmann - Die Friedensidee der katholischen Jugend  
Walter Bauer - Der Mensch hat für den Menschen kein Gedächtnis  
Deutsche Sozialdemokratie und englische Labour Party / Valentin Hartig - Der  
Sohlbirgerkreis / Dr. Herbert Kellner - Isotope / Dr. Wladimir Lasarew -  
Die Englische Revolution / Dr. Michael Freund - Linsenmusik / Herbert  
Transtow - Rückblick auf das Hauptanniversarium / Ignaz Janczow -  
Kolonialpolitik / Hermann Krumold - Qualität und Produktion / Ludwig  
Hilbermann - Die Toten: Eduard Bernstein, Paul Cohen-Portheim, Ludwig  
Hofmann, Max Leuz, Ossip Minor, Conrad Schmidt, Heinrich Schulz; u. a. m.  
**Eduard Bernstein / Holzschnitt von Clève-Klebert**  
Man abonniert in allen Buchhandlungen und auf jeder  
Postanstalt sowie direkt beim unterzeichneten Verlag.  
Für Bibliotheken bilden gebundene Bände der Sozial-  
istischen Monatshefte ein wertvolles Nachschlagemittel.  
Probehefte werden jederzeit kostenlos übersandt.  
Verlag der Sozialistischen Monatshefte, Berlin W 35

### Großes, modernes

**Schlafzimmer**  
Eiche mit Nußbaum  
vollst. kompl. RM 485.-  
**S. Brandt & Co.,**  
Gartenstraße 87  
Möbel für jedermann.  
Krankengeschwür,  
Wunden aller Art, Flechten,  
Hämorrhoiden, Hautjucken  
heilt die vielbewährte  
**Heil- und Kohlsole**  
hautbild., schmerz-, juckstillend  
**Hygiene-Apotheke**  
Breslau, Tautenzienstr. 91,  
Ecke Grünstraße  
Zusätze erzielen in  
dieser Zeitung  
den größten Erfolg!

## LIEBICH

Heute 8<sup>15</sup> Premiere  
des sensationellen  
2. Januar-Programms  
mit

**4 Kobes**  
Original japanische Hofkünstler

King Rupp  
Captain  
**Roman Proske**  
5 mit seinen  
bengalischen  
Königstigern  
Der lebende  
Brücken-  
spieler

2 Estons · 3 Wiesinger  
Expres-Magier · Straßenmusikanten

**Original 3 Bennos**  
in ihrer lustigen Karnevalsszene

Wray & Hill · Harold & Lola  
Musikparodisten · Meistertänzer

Watsons · Lieblich-Woche  
Elektr. Wunderkabinett · das Neueste aus aller Welt

Preise trotz der großen Sonder-  
darbietungen von 50 Pf. an

## WAPPENHOF

Heute Montag  
finden keine Vorstellungen statt,  
da geflossene Veranstaltung  
Morgen Dienstag:  
4.45 Uhr Premiere 8.30 Uhr  
des 2. Januarprogramms. 11 Attraktionen

Die „Frauenwelt“  
den Frauen zum Lesen,  
Denken und Schauen!

## Frauenwelt

eine Halbmonatsschrift für die  
Frau des schaffenden Volkes.  
Preis 30 Pf. Zu bestellen  
bei allen Zeitungsträgern



## Die Witwe und ihr Kater auf der Anflagebank

In Zawada, im Kreise Grojec, wohnte eine alte Witwe, die einen einzigen Hausgenossen besaß und das war der Kater „Murcel“. „Murcel“ war ein schwarzer, harter und mühsamer Kater, der seiner Brotgeberin manche Dienste leistete und nicht selten einen schmackhaften Braten mit ins Haus brachte. Dafür wurde „Murcel“ belohnt, denn er erhielt immer einen schmackhaften Bissen von dem, was er mühsam nach Hause gebracht hat. Seine Brotgeberin hieß Marie Bistret und die beiden hatten sich gern. Nur die Nachbarn waren auf die alte Marie und ihren „Murcel“ sehr schlecht zu sprechen und sie hatten ihre guten Gründe dazu.

Seit einem Jahre wurden im Dorfe immer die besten Hühner gestohlen. Der Dieb mußte sehr gerissen gewesen sein, nicht nur deshalb, daß er sich nie erwischt ließ, sondern auch deshalb, weil er jedesmal die besten und die fetten Hühner auswählte und sie wegschleppte. Die Bauern in Zawada wußten sich keinen Rat mehr. Sie überwachten in den Nächten ihre Gehöfte, und obwohl sie nicht geschlafen haben, fehlte doch den nächsten Tag eine fette Henne. Sie verdächtigen einen Fuchs, der angeblich in dem nahen Wald gesehen wurde. Man wandte sich an den Förster und bat ihn, den Fuchs zu erschließen. Das tat auch der Förster, aber der Fuchs war tot und die Hühner wurden weiter gestohlen. Zuletzt ging man zu einer Zigeunerin und holte bei ihr Rat. Die Zigeunerin wußte Bescheid. Sie rupfte einige Hühner und warf die Federn herum. Dann erzählte sie den Bauern, daß der Dieb ein Kater sei, der in den Nächten in die Hühnerställe einbringt und die Hühner kesse. Da richtete sich der Verdacht gegen die Witwe Marie Bistret und ihren „Murcel“. Man hat zwar wohl den Kater nicht gesehen, als er die Hühner kesse, aber man war sehr überzeugt, daß das der Kater war. Sehr schändeten die Bauern nach dem „Murcel“, aber „Murcel“ war klein genug und ließ sich nicht fassen. Die Hühner verschwanden weiter in der Nacht. Die Bauern verammelten sich, um bei der Marie Bistret eine Hausdurchsuchung vorzunehmen. Sie gingen in ihre Wohnung, aber „Murcel“ hat rechtzeitig Lunte gerochen und machte sich aus dem Staube. Er staltete wahrcheinlich in derselben Zeit den Hühnern einen Besuch ab. Die Bauern wühlten die arbeitslose Wohnung der Witwe Bistret durch, fanden aber nichts Verdächtiges.

Schließlich zogen sie unter Verwünschungen wieder heim. In der nächsten Nacht wurde wieder eine Henne dem Bauer Jarzadi gestohlen. Jarzadi wurde aus vollem Herzen und behauptete, daß er den „Murcel“ gesehen hat, als er die Henne nach der Behausung der alten Marie geschleppt hat. Allerdings war er sich seiner Sache nicht ganz sicher, aber wer sollte es denn sonst gewesen sein.

Einige Stunden später kam die Zigeunerin ins Dorf gelaufen und erzählte den Bauern, daß der „Murcel“ einen Hühnerkopf im Maul herumtrug, den er sicherlich als Belohnung für seine Müheverwaltung von der alten Marie erhalten hat. Die Bauern liefen zu der Polizei und ermittelten gegen die Marie und ihren Kater eine Anzeige. Die Polizei war auch überzeugt, daß der Kater „Murcel“ der Dieb ist und verfaßte ein Protokoll gegen die Marie und ihren „Murcel“. So kamen Marie und ihr diebischer „Murcel“ auf die Anflagebank. Die Bauern schworen, daß „Murcel“ der Dieb ist, aber sie konnten schlecht beschwören, daß sie den „Murcel“ bei der Tat gesehen haben. Das Gericht stellte fest, daß die alte Marie bis jetzt noch nicht vorbestraft war. Was den „Murcel“ anbelangt, so konnte das mit Sicherheit nicht angenommen werden. Der Richter verurteilte die Marie zu drei Wochen Gefängnis. Der „Murcel“ kam frei, ja er ist nicht einmal auf der Anflagebank erschienen. Er mußte frei kommen, denn das Strafgesetz weiß über Vergehen eines „Murcel“ nichts. Dafür sollte seine Herrin drei Wochen brummen, die die Hühner, wenigstens den besseren Teil davon, verschluckte, während der „Murcel“ sich mit Abfällen zufriedustellen mußte.

Die alte Marie beruhigte sich aber mit diesem Urteil nicht, sondern legte Berufung ein. Inzwischen erschien das Amnestiegesetz und man gab der Marie den Rat, die Berufung zurückzuziehen, denn sie wird ja doch nicht sitzen müssen. Die Marie ließ sich nicht überreden und blieb bei der Berufung. Das Appellationsgericht gab Marie recht und sprach sie frei. Kein Zeuge konnte mit Bestimmtheit sagen, daß er den „Murcel“ gesehen bzw. beim Stehlen erwischt hat und deshalb mußte der Freispruch erfolgen. „Murcel“ hat mithin einen Sieg über alle seine Feinde errungen.

## Mord am Angestellten eines Arbeitsamtes?

Der am Arbeitsamt in Opladen angestellte Beamte Walter Man, zu dessen Tätigkeitsbereich u. a. gehörte, nach Schwarzarbeitern innerhalb der unterfügten Gewerkschaft zu suchen, kehrte am Freitag von seinem Dienstgang nicht zurück. Nach langen Nachforschungen der Polizei wurde Man Sonnabend am Spätnachmittag an der Dienthaler Talperre tot aufgefunden. Da man ein Verbrechen vermutet, wurde die Leiche befragt. Die Düsseldorf-Mordkommission hat festgestellt, daß Man einem Verbrechen zum Opfer gefallen ist. Die Leiche wies mehrere Stichverletzungen auf. Einen seiner Handhabe hatte man dem Toten als Knebel in den Mund gesteckt. Nach dem Befund am Tatort hat Man, der über große Körperkräfte verfügte, sich heftig gewehrt. Man glaubt, daß als Täter mehrere Personen in Frage kommen. Man ist häufig bedroht worden, weil er Schwarzarbeiter rückwärtslos anzeigte. Mans Identische, die er bei sich führte, ist verschwunden.

## Selbstmord eines ungetreuen Steuerbeamten

50 000 Mark unterschlagen  
Im Stadtteil von Mainz wurde am Sonnabend morgen ein städtischer Angestellter aus Wiesbaden mit einer Schußverletzung an der rechten Schläfe tot aufgefunden. Nach den polizeilichen Feststellungen liegt Selbstmord vor. Der Tote war bei der städtischen Steuerstelle Wiesbaden beschäftigt. Er hat dort über 50 000 Mark unterschlagen. Am Mittwoch wurde er aus dem Dienst entlassen und der Staatsanwaltschaft angezeigt.

## Erdstöße in Manchester

Nicht geringe Aufregung verursachten am Sonnabend morgen in Manchester vier heftige Erdstöße, die in der Stadt und in der näheren Umgebung deutlich verspürt wurden. Aufgeregte Frauen stürzten auf die Straßen, Fensterheben brachen klirrend, Möbelschreie wurden von der Stelle gerückt und einige leichtere Baulichkeiten auch beschädigt. Personen wurden jedoch nicht verletzt und auch der Sachschaden ist nicht erheblich.

## Schwerer Autounfall des Polinvirtuosen Rubelit

Im Prager Stadtteil Bubeneč fuhr am Sonnabend mittag ein Lastkraftwagen in schnellem Tempo gegen ein Personenauto, in dem sich der Polinvirtuose Jan Rubelit und sein Pianist Holccek befanden. Das Auto Rubelits wurde auf die andere Straßenseite geschleudert, wobei es sich einigmal überschlug. Rubelit erlitt eine Quetschung des Brustkorbes, vielleicht auch einige Rippenbrüche, der Pianist hat Hüftquetschungen und eine Gehirnerschütterung erlitten.

## Die Berliner Theaterkrise

Die Direktoren Dr. Rudolf Beer und Karl Heinz Martin sind von der Leitung des Deutschen Theaters in Berlin zurückgetreten. Das Defizit wurde von Tag zu Tag größer, so daß es im Interesse der Schauspieler bereits nötig war, die auf dem Vollgipfpräsidium deponierte Kautions angzugreifen. In Zukunft wird das Deutsche Theater aller Wahrscheinlichkeit nach gemeinsam von den Schauspielern Karl Ludwig Hagaz und Heinrich Kest, dem früheren geschäftlichen Direktor der Volksbühne, geleitet werden. Hagaz leitet sich auf den Direktorenstempel mit dem Gelde seines Vaters, des IG-Farben-gewaltigen Geheimrat Duisberg, der dem Theaterunternehmen vorerst 250 000 Mark zur Verfügung stellen will.

Bis der Vertrag unterzeichnet ist und Hagaz und Kest in ihre Rechte eingeleitet sind, wollen die von Eduard von Winterstein geführten Darsteller des Deutschen Theaters den vor einigen Monaten von Max Reinhardt eingeleiteten „Prinz von Homburg“ als Spielgemeinschaft „auf Teilung“ zur Ausführung bringen. Die neue Direktion will anschließend von Max Reinhardt einen weiteren Klassiker inszenieren lassen. Die Proben zu Professor Kirsbergs Lustspiel „Konflikt“ sind vorläufig abgelehrt worden.

## Brandstiftung und Selbstmord

Der Inhaber des Schuhhauses Hermann Wiebach in der Kleinen Ulrichstraße in Halle hat am Sonntag nachmittag Selbstmord begangen, nachdem er in seinem Hause Feuer angelegt hatte. Als die Feuerwehr in den Laden einbrang, fand sie ihn schwer verletzt auf. Er hatte sich mit seinem Jagdgewehr in die Brust geschossen und starb auf dem Transport ins Krankenhaus. Der Laden war völlig verqualmt. Einen zweiten Brandherd fand man im Lager und einen dritten auf dem Boden des Hauses. Wiebach hat die Tat allem Anschein nach aus wirtschaftlicher Not begangen. Seine Witwenschaft hatte er vor der Tat fortgeschickt.

## Briefträgermörder zum Tode verurteilt

Das Frankfurter Schwurgericht, das am Mittwoch den nationalsozialistischen Mädchenmörder Stubenrauch zu zwölf Jahren Zuchthaus verurteilte, hat am Sonnabend den neunzehnjährigen Geldbriefträgermörder Wilhelm Knisch wegen Mordes und schweren Raubes zum Tode und zum dauernden Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt.

Der Angeklagte hat am 1. Dezember vorigen Jahres den Geldbriefträger, der an jedem Monatsersten seiner Großmutter die Altersrente brachte, in deren Wohnung erschossen und beraubt. Knisch hat, wie er eingestanden hat, den Kölner Geldbriefträgermörder nachahmen wollen. Er hat am Morgen des Mordtages seine kurz vorher gestohlene Waffe aus dem Keller, in dem sie verborgen war, geholt, entzündet und bereitgehalten. Er hat sich von dem Toten 2740 Mark angeeignet, sich danach in der Wohnung sehr kopflos benommen und ist schließlich geflohen. Er ließ seiner Mutter 90 Mark und einen Zettel mit den Worten „Verzeiht mir die Sünde“ zurück, kaufte sich neue Kleidungsstücke, fuhr mit der Bahn nach Mainz und wurde noch am gleichen Abend in Wiesbaden, nachdem er 63 Mk. ausgegeben hatte, verhaftet. Seine Tat hat er nie geleugnet. Nur in der Angabe, ob er mit Tötungsabsicht auf den Rentner verfehlt habe, hat er geschwankt.

## Der Kähne-Krieg

Vor dem dritten Zivilsenat des Berliner Kammergerichts wurde am Sonnabend eine merkwürdige Erstgeburtsgeschichte verhandelt, jedoch nach kurzer Sitzung wieder vertagt. Kläger ist Karl von Kähne jun., Potsdam; Beklagter Karl von Kähne sen., Besitzer des Fideikommisses und Rittergutes Beshow (Marz). Die Kähnes sind vor allem dadurch bekannt, daß sie mit Vorliebe Wandervogel und Ausflügler beschreiben, die sich auf ihr Gebiet verirren. Einer der Kähnes wurde deshalb wegen gefährlicher Körperverletzung und Nötigung mit drei Monaten Gefängnis bestraft.

Bei dem jetzigen Prozeß handelt es sich um die Gültigkeit eines im Jahre 1931 geschlossenen Vertrages. Der junge Kähne hatte seinem Vater gegenüber für sich und seine Abkömmlinge auf die ihm zustehende Anwartschaft auf das Rittergut Beshow verzichtet. Durch diesen Vertrag wurde der Bruder des jetzigen Besitzers, Oberstleutnant Runo von Kähne, Anwärter. Obwohl das Kammergericht diesen Vertrag für nichtig erklärte, muß das Kammergericht jetzt nochmals auf Grund eines Reichsgerichts-urteils den Fall prüfen.

In der Sonnabend-Verhandlung ließ der Kläger durch seinen Rechtsanwältin geltend machen, daß er sein Erstgeburts- und Besitz-

recht für das biblische Linsengericht hingegeben habe. Sein Vater habe die Notlage, in der er sich im Jahre 1931 befand, ausgenutzt, und ihn mit dem Betrag von 500 000 Mark, der zum materiellen Gegenwert in keinerlei Verhältnis stehe, abgefunden. Der Vater hätte den Sohn nur deshalb vom Gute vertrieben und ihm alle Bezüge gesperrt, weil er eine „einfache“ Försterstochter geheiratet habe.

## Sindler-Suche

Der englische Rundfunk hat sämtliche europäischen Rundfunkbehörden, funken telegraphisch nach Nachrichten über den verschollenen Australiensieger Sindler zu suchen.

## Die Hölle von Canenne soll verschwinden

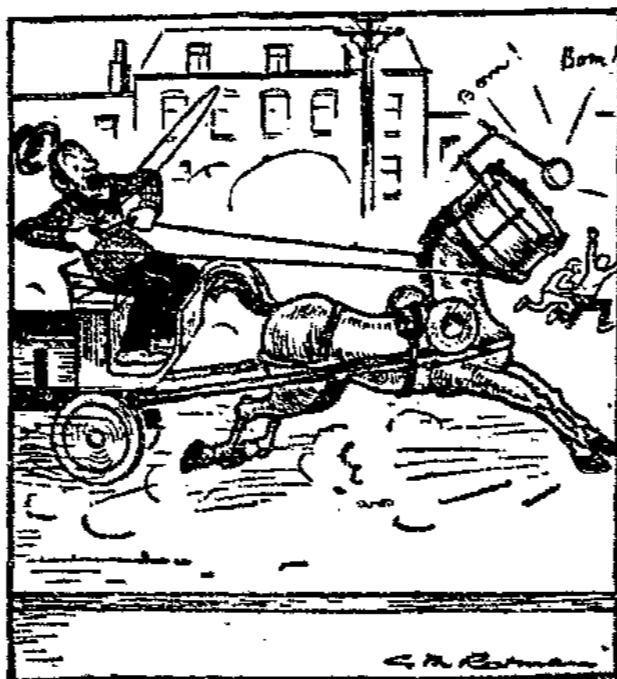


Nach einer Nachricht aus Paris sieht die Abänderung des französischen Strafrechts bevor, da der aus der Zeit Napoleons stammende Code pénal nicht mehr den heutigen Ansprüchen entspricht. Als wichtigste Neuerung ist die Abschaffung der Zwangsarbeit und der Zwangsversicherung vorgesehen. Damit

wird auch die berüchtigte Strafkolonie von Guyana verschwinden, die — sogar nach Ansicht eines hervorragenden französischen Richters — eine Schande der französischen Kultur darstellt. Unsere beiden Aufnahmen berichten aus dieser Hölle: links ein Gefangener in seiner Zelle in Einzelhaft — rechts Sträflinge bei der Zwangsarbeit.

## Gambo und Jocko eine lustige Löwengeschichte

Von G. Th. Rotman



Bums! Die Trommel kommt gerade auf den Kopf eines vorübergehenden Pferdes nieder; die Beden waren schon vorhergegangen. Durch die große Kraft, mit welcher sie geworfen wurde, schiebt sich die Trommel über des Pferdes Kopf, so daß das arme Tier gar nichts mehr sehen kann und wild davonrennt. Und rundumbum! macht immerwährend die Trommel.



Mittlerweile ist der Wagen mit Gambo bei der Polizeiwache angekommen und die tapferen Polizisten sind eifrig beschäftigt, die herrliche Tierstatue abzuladen. Nur nicht zu wild, Herrschaften! Der Tups ist zerbrechlich! Aber — was ist das? Welch wildes Trappeln und Trampeln läßt sich da auf einmal hören?

## Saale-Breslau Kreismeister

### Goldberg wurde 5:2 geschlagen - Bereits zur Pause führte Breslau 3:1 2000 Zuschauer auf dem WZ-Platz

Die Kreismeisterschaft ist entschieden! Nach dreijähriger Pause hat es der Meister des ersten Bezirks auf dem getragten, den Titel wieder einmal nach Breslau zu bringen. Mit dem gestrigen Spiel wurde die Spielserie 1932 endgültig beendet. Der Abschluss war ein überaus würdiger. Das Spiel hat bestimmt keine Enttäuschung hinterlassen. Ueberraschenderweise war der Breslauer Meister ganz außerordentlich gut im Zuge. Dagegen enttäuschte Goldberg in der ersten Hälfte stark. Hier sollte wohl die Fahrt in einem Kaltstau die Schuld tragen, da ja das Winterwetter für derartige Unternehmungen nicht gerade geeignet ist. Aber sei es, wie es sei, die zweite Halbzeit bewies jedenfalls, daß Goldberg zu kämpfen versteht und daß sie tatsächlich, selbst als Breslau den Vorsprung vergrößerte, einen Kampfsgeist zeigten, wie er oft nicht zu beobachten ist.

Mit einer Viertelstunde Verjüngung wurde das Spiel angepfiffen. Trotz der großen Kälte hatten sich zum Spielbeginn 2000 Zuschauer eingefunden. Der Ansturm der Goldberger scheiterte bereits an der Breslauer Verteidigung. Der Gegenangriff findet sein Ende an der Goldberger Verteidigung. Im nächsten Moment hat Breslau die erste Ecke, die abgewehrt wird. Sekunden später ist die linke Seite durch Hoffmann legt vor. Durch jetzt mit einem platzierten Schuß den Ball das erste Mal ins Netz. Nach zwei Minuten führt Breslau bereits 1:0. Auch weiterhin beherrschen die Breslauer das Feld. Eigenartigerweise kann die Goldberger Läuferreihe keinen geordneten Aufbau zustande bringen. Das mag daran liegen, daß der Goldberger Sturm fast nichts vom Stellungsbewußtsein zeigt. Breslau ist abermals durch. Ein Abseits verhindert eine fast sichere Tormöglichkeit. Minuten später schießt Hoffmann seinen Fünftausen auf die Reize, eine glänzende Flanke kommt herein, Junge ist zur Stelle, zum zweiten Male ist der Goldberger Torhüter überwunden. Zwölf Minuten, und Breslau führt bereits 2:0. Nun laut Goldberg doch allmählich auf. Angriff auf Angriff rollt auf das Breslauer Tor. Nichts will gelingen. Hier begehrt Breslau den großen Fehler, den Mittelflächer in die Verteidigung zurückzuziehen, so daß die Verbindung nach vorn fehlt. Durch einen gefährlichen Angriff entsteht ein Gemischel vor dem Breslauer Tor. Endlich erwirkt der Halbrechte Goldbergs den Ball, ein Schuß, Müller wirft sich, durch die vielen Vorderleute ist ihm aber die Sicht versperrt, das Spiel steht in der achtzehnten Minute 2:1. Bereits drei Minuten später aber ist es wieder geschehen. Leuninger zieht mit einer langen Vorlage nach vorn, die Goldberger Dedung verpasst einmal mehr, schon ist Hoffmann im Besitz des Balles, ein kurzes Tauschen, der Stand des Spieles ist 3:1 für Breslau. Die folgende Zeit bis zum Pausenpfiff zeigt ein größtenteils offenes Spiel, dabei ist Breslau im Anspiel, Stellungsspiel, sowie in der Dedung besser wie Goldberg. Mit 3:1 geht es in die Pause.

Dramatisch ist der Verlauf der zweiten 45 Minuten. Der Goldberger Meister hat endlich erkannt, was auf dem Spiele steht. In einem fast unglücklich schnellem Tempo leiten sie ihre Angriffe ein. Schwer hat Breslau zu arbeiten, um Torerfolge zu verhindern. Auf die Dauer halten sie aber dem Druck nicht stand. Als der Halbrechte der Goldberger eine feine Vorlage an den Rechtsaußen weiterleitet, kann derselbe mit einem unheimlich scharfen Schrägschuß auf 3:2 verbessern. Die nächsten fünf Minuten stehen weiter im Zeichen der Goldberger. Aber Breslau hat die Gefahr erkannt und arbeitet in dieser Zeit mit vier Pässern. Mächtige weite Schläge sorgen immer wieder für Beilegung der Gefahr. Die vier Breslauer Stürmer stehen ständig in Erwartung des Balles. Herzog, die Situation erkennend, jagt Hoffmann nach vorn, derselbe verlängert zum Linksaußen, eine präzise Flanke, schon ist Junge zur Stelle; der Vorsprung ist auf 4:2 erhöht. Der Sieg damit ist sichergestellt. Noch sind aber 28 Minuten zu spielen. Immer wieder versucht Goldberg aufzuholen. Ihre Spielform erinnert lebhaft an die in Liegnitz gezeigten Leistungen, nur mit dem Unterschied, daß der Halbrechte durch allzu lange Ländelei die besten Sachen verdirbt. Schon glaubt man an ein drittes Tor der Goldberger. Ein hoher Weitschuß des Mittelflächers kommt im Torraum nieder; zwei, drei, viermal wird der Ball gelöst. Endlich kann Müller durch Tauschen die Gefahr befeitigen. Nur noch wenige Minuten fehlen zum Schluß. Da hat plötzlich Junge den Ball vor den Füßen. Ein kurzer Paß zu Hoffmann, eine Steilvorlage nach rechts, der nachspritzende Halbrechte kann im Lauf einen Bombenschuß abfeuern, der unhaltbar im Netz landet. 3 Minuten vor Schluß steht das Spiel 5:2 für Breslau. Diese wenigen Minuten bringen nochmals ein Aufklammern der Goldberger, aber am Resultat wird nichts mehr geändert.

Goldberg trat in der angekündigten Aufstellung an. Ihre Leistungen konnten aber in der ersten Halbzeit absolut nicht bekräftigen. Ihr Spiel war zu sehr auf den Mittelflächer eingestellt. Die zweite Hälfte zeigte Goldberg in alter Form. Die Breslauer hatten aber genügend Vorsprung und belassen noch so viel Angriffsgeist, daß ihr Sieg nie ernstlich gefährdet war. Gestern war Goldberg nicht, wenigstens in den ersten 45 Minuten nicht, die Mannschaft, die in Liegnitz die Zuschauer von Beginn an zur Begeisterung hinriß. Ihre Niederlage aber ist höchst ehrenvoll, denn Breslau war gestern tatsächlich die bessere Mannschaft.

Saale-Breslau hatte für den Linksaußen Kohl einen Ersatzmann. Aber hier muß die Frage gestellt werden, warum hat man diesen Ersatzmann nicht schon eher beschäftigt. Ohne dem alten Linksaußen wehe zu tun, aber an diese junge Kraft reicht er im entferntesten nicht heran. Hinzu kam, daß Hoffmann gestern ganz groß in Form war und durch sein blendendes Stellungsspiel den Augen immer wieder frei spielte und mit dem besten Vorlagen bedachte, daß eben die Flanken naturgemäß derartiger Weise immer genau hereinkommen müßten. Mittelflächer und Halbrechte fügten sich diesem Spielgeschehen sehr gut ein. Schwächer als sonst war gestern der Rechtsaußen. In der Läuferreihe war Herzog ganz groß. Er überragte kein Gegenüber nach am ein Bedeutendes. Auch seine Nebenleute waren gut in Fahrt, wenn auch das Deckungs- und zeitweise auch das Abspiel nicht immer so klappen wollte, wie es sollte. Die Verteidigung entschliefte sich ihrer Aufgabe zur Zufriedenheit. Die Ueberrumpfung aber war der Torhüter. Seine in früheren Kreispielen beobachtete Unschärfe war gestern wie verlogen. Müller hat entsetzliche Anlagen. Jedenfalls hat er ein Teil davon, daß Goldberg nicht zu weiteren Erfolgen kam. Die Gesamtleistung des neuen Kreismeisters war ohne Zweifel gut. Ihr Spiel erinnerte lebhaft an die Rundenspiele des vergangenen Jahres, noch etwas mehr Anbauarbeit, ein genaueres Zuspiel durch die Läuferreihe und bei diesem schußkräftiger Sturm wird es an Erfolgen nicht mangeln. Bedauerlich hat sich Saale-Breslau den Kreismeistertitel geholt. Dem neuen Kreismeister aber zu keinem gestrigen Erfolg und für weitere Erfolge ein kräftiges „Zwei Heil“.

### Nur nächster Spielbetrieb

Da am gestrigen Sonntag Spielverbot herrschte, kamen am Sonnabend einige Gesellschaftsspiele zum Vorschein, die immerhin mit nicht erwarteten Ergebnissen überaus liefen. So konnte Bader JVB mit 5:2 glatt schlagen. — Räßelwitz brachte es jetzt, 1921 sogar 6:0 abzuhängen. — 1921 und Einheit trennten

sich beide beim Stande von 3:3. — Janowik bestand nur in der ersten Hälfte, wurde aber nach der Pause von Diana-Steine glatt 7:1 niedergelantet.

Bezirks-Verbandsmeisterschaft im Handball. Am kommenden Sonntag steigt auf dem Sportplatz das Spiel um die Bezirksmeisterschaft im Handball. Gegner sind 9. Abt. der JVB. (Bezirksmeister des 1. Bezirks) und Rader Hindenburg (Meister des 3. Bezirks). Mit einem spannenden Spiel wird zu rechnen sein. Das Nähere in der Vorwoche in der Woche.

### Handballgesellschaftsspiele für Sonntag, den 22. Januar

13,30 Uhr: Deutsch-Lissa II — 9. Abt. III; Deutsch-Lissa; Stachelro.  
14,40 Uhr: Deutsch-Lissa I — 9. Abt. II; Deutsch-Lissa; 7. Abt.  
15,00 Uhr: Stabelwitz I — 5. Abt. I; Stabelwitz; 16.  
9,30 Uhr: 1. Abt. III — Freie Schwimmer III; Eisenpark; 9. Abt.  
10,40 Uhr: 1. Abt. I — Freie Schwimmer I; Eisenpark; 30.  
10,60 Uhr: 6. Abt. III — Freie Schwimmer II; Ostpark; ?  
9,30 Uhr: 1925 Jugend — Freie Schwimmer Jugend; Brückenaue; Deutsch-Lissa.  
10,40 Uhr: 1925 II — 1. Abt. II; Brückenaue; 7. Abt.  
14,00 Uhr: 4. Abt. Jugend — Deutsch-Lissa Jugend; Lohewiese; 2. Abteilung.

### Wer wird Tischtennis-Meister des 1. Bezirks?

Neun Vereine mit achtzehn Mannschaften am Start  
Diese Frage wird, je näher der Termin der Tischtenniswettkämpfe rückt, immer aktueller. Zum ersten Male wird eine solche Veranstaltung durchgeführt. Die Anzahl der Meldungen beweist, daß die Tennisleitung der Entwicklung des Tischtennis und des Tennissports im allgemeinen gerecht wird. Wer beteiligt sich alles an diesem Debüt? Alles Vereine, welche im Sportleben eine beachtenswerte Rolle spielen. Das sind die Vereine: Freie Schwimmer, Freie Kanuvereinigung, Sport 1897, Mattabi, 5. Männer- und 7. Männer-Abteilung, Sportabteilung des JdA, Tennis-Abteilung JVB, und Internationaler Sportklub. Drei Vereine treten mit vier Frauenmannschaften an. Die Kämpfe selbst sind dem Kräfteverhältnis in A- und B-Klasse eingeteilt. Die Übungsstunden der Tennisabteilung werden stark besucht von Vereinen, welche nicht über vorrättsmäßige Tische verfügen. Der Tennis-Abteilung für ihr selbstverständliches Entgegenkommen gebührt Achtung. Eifrig wird dort geübt, manche Techniken den Genossen noch schnell beigebracht und man muß die Feststellung treffen, daß mit allem Eifer die Beteiligten am Werk sind. Es wird Aufgabe der Bezirksleitung sein, das Tischtennis durch Schaffung geeigneter Räume durch den Zusammenschluß von Vereinen in kommender Zeit mehr zu fördern.

Wer hat nun die meisten Aussichten? Dies läßt sich heute nicht beurteilen, da sich das Turnier über mehrere Abende erstreckt, werden wir nur die einzelnen Mannschaften in der Reihenfolge beurteilen. Am Dienstag, den 24. Januar, eröffnen die 7. Männer- und die 5. Männer-Abteilung den Wettkampf. Der Sieger müßte 7. Männer-Abteilung heißen, da selbige bei der Tennis-Abteilung sehr viel gelernt hat. 5. Männer-Abteilung besitzt aber eine sehr starke Mannschaft, so daß die gewinnen wird, welche im entscheidenden Moment die Ruhe behält. Anschließend JdA, gegen 1897 I. JdA, als Vertreter des Tennissports müßte als glatter Sieger hervorgehen. 1897 beteiligt sich mit zwei Mannschaften. Da dies die erste Mannschaft ist und die besten Kräfte vereinigt, wird JdA, alles aufbieten müssen, um den Sieger zu stellen. Am Mittwoch, den 25. Januar, treffen sich zwei Wasserportvereine. Die Kanuvereinigung I gegen Freie Schwimmer I. Zwei erste Mannschaften; ausserleisene Kräfte! Wer wird siegen? Dies dürfte nicht so leicht zu beantworten sein. Ein kleines Plus muß man den Schwimmern einräumen. Anschließend spielen Mattabi gegen Tennis-Abteilung. Zieht man das vorjährige Resultat des Gesellschaftsspieles in Betracht, so wird Mattabi der Sieger sein. Doch ein Jahr ist eine lange Zeit und die Tennis-Abteilung geht mit berechtigten Hoffnungen in den Kampf. Bei diesem Treffen ist zu berücksichtigen, daß bereits hier schon der Bezirksmeister entschieden wird. Die Auslösung brachte bei all diesen Kämpfen eine gerechte Verteilung. Die Kämpfe werden vom ersten Tage an einen interessanten Verlauf nehmen. Breslaus Sportanhangerschaft wird auch diese Kämpfe mit Interesse verfolgen.

Innere-A-Klasse: Dienstag, den 24. Januar, Vortags- jaal Stadion, 18 Uhr: 7. Männer-Abteilung I gegen 5. Abteilung; JdA, gegen 1897 I. Mittwoch, den 25. Januar, 18 Uhr: Kanuvereinigung I gegen Freie Schwimmer I; Mattabi gegen Tennis-Abteilung (20 Uhr).

### Notizen

1. Bezirk, 14. Kreis, Sonnabend, den 21. Januar, 20 Uhr, Bezirksratsitzung. Fragebogen sind sofort an Genossen Friedrich, Berliner Straße 50, einzusenden.

Arbeiter-Sportkartell Breslau e. V. An alle dem Arbeiter-Sportkartell angeschlossenen Vereine! Dem Wunsch vieler Mitglieder Rechnung tragend, hat das Arbeiter-Sportkartell in diesem Jahre den Teil des Stadigrabens zwischen Graupen- und Schweidnitzer Straße als Eisbahn gepachtet. Es ist Ehrentage eines jeden Sportlers, die eigene Eisbahn zu benutzen, zumal sich das Eis in vorzüglichem Zustande befindet. Am Mittwoch, 18. Januar, findet nun ein Wettlaufen für Kinder und Erwachsene statt. Der Wettlauf für Kinder ist auf 15 Uhr (3 Uhr festgelegt). Der Wettlauf der Erwachsenen findet abends um 8 Uhr statt. Die ersten drei eines jeden Wettlaufes erhalten einen Preis. Die Eintrittspreise sind die üblichen und finden keine Erhöhung. Welcher Verein weist die stärkste Beteiligung auf?

### Freie Turnerschaft Breslau e. V.

Freie Turnerschaft Breslau e. V. Abt. 1, Abt. 2, Abt. 3, Abt. 4, Abt. 5, Abt. 6, Abt. 7, Abt. 8, Abt. 9, Abt. 10, Abt. 11, Abt. 12, Abt. 13, Abt. 14, Abt. 15, Abt. 16, Abt. 17, Abt. 18, Abt. 19, Abt. 20, Abt. 21, Abt. 22, Abt. 23, Abt. 24, Abt. 25, Abt. 26, Abt. 27, Abt. 28, Abt. 29, Abt. 30, Abt. 31, Abt. 32, Abt. 33, Abt. 34, Abt. 35, Abt. 36, Abt. 37, Abt. 38, Abt. 39, Abt. 40, Abt. 41, Abt. 42, Abt. 43, Abt. 44, Abt. 45, Abt. 46, Abt. 47, Abt. 48, Abt. 49, Abt. 50, Abt. 51, Abt. 52, Abt. 53, Abt. 54, Abt. 55, Abt. 56, Abt. 57, Abt. 58, Abt. 59, Abt. 60, Abt. 61, Abt. 62, Abt. 63, Abt. 64, Abt. 65, Abt. 66, Abt. 67, Abt. 68, Abt. 69, Abt. 70, Abt. 71, Abt. 72, Abt. 73, Abt. 74, Abt. 75, Abt. 76, Abt. 77, Abt. 78, Abt. 79, Abt. 80, Abt. 81, Abt. 82, Abt. 83, Abt. 84, Abt. 85, Abt. 86, Abt. 87, Abt. 88, Abt. 89, Abt. 90, Abt. 91, Abt. 92, Abt. 93, Abt. 94, Abt. 95, Abt. 96, Abt. 97, Abt. 98, Abt. 99, Abt. 100.

1. Männer-Abteilung. 17. Januar, 21 Uhr, Generalversammlung der Abteilung bei Genossen Spiller.

2. Turnerinnen-Abteilung. Heute erster Gymnastabend.

5. Männer-Abteilung. 20. Januar, 20 Uhr, Generalversammlung im Eisenhammer. Mitgliedsbücher sind mitzubringen.

27. Januar, 21 Uhr: Gymnastik für Vorkere. Leitung: Genosse Rudolf. 4. März: Humor im Bergkeller.

7. Männer-Abteilung. Freitag, 20. Januar, nach dem Turnen Vorstandssitzung bei Grundmann.

### Wasserport

Freie Schwimmer Breslau e. V. Mittwoch, 20 Uhr, im Gewerkschaftshaus: Vereins-Funktionärversammlung, Sonnabend, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus: Vereins-Generalversammlung, Tagesordnung: Erhaltung des Jahresberichts, Anträge, Wahlen, Verschickenes. — Abteilung Ost, Kinderabteilung.

Freie Kanuvereinigung. Sonntag, den 22. Januar, Autobusfahrt nach der Gule. Meldungen bis Mittwoch beim Turnabend oder beim Genossen C. Beier, Dfener Straße 19.

### Fußball

Spielgelehr. Die Freie Spielvereinigung Steinau a. D. sucht laufend gute erste Mannschaften. Anschriften sofort an Karl Drogger, Steinau a. D., Friedrichstraße 18.

NSD. Eintracht-Masselwitz. Freitag, 20. Januar, 20 Uhr, außerordentliche Vollversammlung im Vereinslokal bei Lukas. Sämtliche Anschriften gehen nur an den ersten Vorsitzenden Reinhold Schütz, Breslau-Klein-Masselwitz, Kanerner Str. 32/36.

NSD. Sieffers-Ritters 1913. Anschriften nur an Herbert Kroter, Breslau 10, Bendorplatz 16.

### Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer Breslau

Am 18. Januar, 20 Uhr, Vierteljahresversammlung im Zentralballsaal, Westendstraße 50/52. Abteilung Ohlauer Tor: 17. Januar Abteilungsabend bei Eichos, Klosterstraße 125. Abteilung Stadtmitte: 19. Januar Abteilungsabend bei Wende, Herrenstraße 7a. Abteilung Scheinzig: 17. Januar Abteilungsabend bei Wolff, Hedwigstraße 15. Abteilung Dürrgoy: 17. Januar Abteilungsabend bei Hoffmann, Schönstraße 21. Abteilung Rosenthal: 20. Januar Abteilungsabend bei Omwicks, Trachenberger Straße. Jugendabteilung: 20. Januar, 19,30 Uhr, Ortsgruppenjugendausschussführung bei Genossen Weiß, Michaelisstraße 36. Heim 2, Michaelisstraße 36: 19. Januar gehen wir radeln. Treffpunkt 20 Uhr am Heim. Am 17. Januar, 20 Uhr, Turnen und Gymnastik in der Festalozzi-Turnhalle. Kindergruppe: Am 17. Januar, 17—19 Uhr, Brettspiele im Heim. Am der Matthiaslunk. Kraftfahrer: 17. Januar, 20 Uhr, Versammlung bei Böhm, Johannastraße 42.

### Kulturvereine

Freie Menschen. Unsere Jahreshauptversammlung ist am 18. Januar, 20 Uhr, im Heim. Gymnastik fällt an diesem Tage aus. Dienstag, 17. Januar, Heimabend. Treffpunkt für Esperanto-Kursisten Donnerstag, 19. Januar, im Heim.

Freie Esperanto-Vereinigung Breslau. 17. Januar, um 20 Uhr, im Radioheim, Paradiesstraße 17, Jahresversammlung.

### Arbeiter-Samariter-Kolonie

Funktionärkursus findet Dienstag 20 Uhr bei Wittner, Uferstraße 26, statt.

# Geht sie euch an die „Klassenkämpfer“

## Der Dovo-Zehnkampfmeister fahnenflüchtig

Der von kommunistischer Seite eingerichtete Solidaritätsspielbetrieb zwischen Rot-Sport- und JVB-Fußballmannschaften trägt die von uns vorausgesetzten Früchte für das bürgerliche Sportlager. Jetzt ist auch der leichtathletische Zehnkampfmeister und mehrmalige internationaler Fußballspieler der kommunistischen Kampfgemeinschaft Petrich aus Hildes bei Düsseldorf zum Deutschen Fußballbund übergetreten und ist mit drei anderen Rot-Sport-Fußballspielern die Spitze der ersten Mannschaft des bürgerlichen Bezirks Düsseldorf-Elber 84.

## „Sti-Heil“ erhält Zuwachs von Rot-Sport

In dem bekannten ergebnisreichen Winterportort Oberwiesenthal haben die Gebrüder Richter gemeinsam mit der „Oppo“ den Bundesverein „erledigt“, mit dem Erfolg, daß in Oberwiesenthal kein Arbeiterportverein mehr besteht. Jetzt verleiht die Prospektur über die „Sti-Häule Richter“ und bemerken in Zeitdruck, daß sie Mitglied im Deutschen Stierband sind, von diesem Verband geprüft sind und ihre Karte nach den Richtlinien des Deutschen Stierbandes durchzuführen. Sach jede die Einheitsfront: Rot-Sport—Sti-Heil!

## Hilferversammlung auf „Rot-Sport“-Platz

Das gab es ausgerechnet in Halle an der Saale, wo sich die Rot-Sportler rühmen, revolutionäre Latkraft in Erbpacht genommen zu haben. Zum Dank haben ihnen die braunen Hilfsgäste den Platz in einem launigen Zustand zurückgelassen. Es bedurfte langer Verhandlungen zwischen dem Rot-Sport-Führer und dem kommunistischen Stadtverordneten Wabbel einerseits und der hallischen Nazijunktrale andererseits, bis sich einige Brauhenden zu Auftragsarbeiten einfinden. Sie liegen aber bald den Krempel liegen. Wabbel blieb schließlich nichts anderes übrig, als Leute vom Rot-Sport-Verein „Atlas“ zu bewegen, den Dred der Nazis wegzuräumen. Einst hieß es: Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!, jetzt treffen sie sich friedlich, und obendrein räumt Rot-Sport den Hilfereuten noch den Dred weg. Welch eine prächtige Einheitsfront!

## Rot-Sport-Vorsitzender bei Dovo-Dovo-Dorra

In Barmstedt (Holstein) ist der Mitbegründer und Vorsitzende des kommunistischen Sportvereins „Freiheit“ im bürgerlichen Fußballlager gelandet. Er macht dort in „Einheitsfront“ aus dem Bundesverein „Kochstern“ trat der „Revolutionär“ feinerzeit aus, weil er ihm nicht radikal genug war.